

was

was uns betrifft

Unterwegs:

**Zivis zu Besuch
im Gaza-Streifen**

Im Blickpunkt:

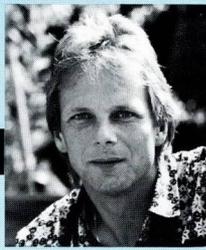
**„Nehmet einander an“
Rückschau auf den Kirchentag**

Thema:

Fundamentalismus



INTERN



Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 20.8.93

„Wir befinden uns im Jahre 1993 n. Chr.. Ganz Deutschland wird vom Sparzwang des Solidarpaktes beherrscht. . . Ganz Deutschland? Nein! Auf dem Terrain unbeugsamer Militärs und Rüstungslobbyisten wird weiterhin entschieden und erfolgreich Widerstand gegen die Sparbemühungen geleistet. . .“ „Beim Teutates“, würde Obelix sagen: Da wird im Sozialbereich und bei den Sozialleistungen gekürzt und gestrichen, als hätte man in Bonn gegen Arbeitslosigkeit, Not und Hilfsbedürftigkeit den Zaubertrank zum Nulltarif gefunden, selbst die Zivis werden noch geschröpft (s. S. 12 u. 21), während gleichzeitig die Bundeswehr und der gesamte Komplex Verteidigung nahezu ungeschoren davonkommen. Um ganze 2,5 % ist der Verteidigungshaushalt für das kommende Jahr niedriger angesetzt als in 1993, 48,6 statt 49,8 Milliarden Mark. Zweieinhalb Prozent – bei der Arbeitslosenhilfe sind 3 % Kürzung geplant! Zweieinhalb Prozent, nachdem der Warschauer Pakt, der Ost-West-Konflikt, der Feind im Osten. . . mithin die Ursachen für die Hochrüstung zu 100 % nicht mehr bestehen? Rußland und die Ukraine, so meldet das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, hatten 1992 ihre Rüstungsetats immerhin halbiert. Und bei uns? Es ist kaum zu glauben, aber: Bei uns wird weiterhin fleißig für noch „besseres“ Kriegsgerät gezahlt, z. B. für das Milliardenprojekt „Jäger 90“. Der Superflieger ist nämlich keineswegs „weg vom Fenster“, wie viele meinen. Er heißt jetzt zwar „Eurofighter 2000“ und hat etwas abgespeckt – er soll jetzt z.B. nur noch vier, statt wie geplant, 10 Ziele gleichzeitig bekämpfen können – aber im Grunde ist er immer noch der alte. 150 Mio. DM hat die Bundesregierung in diesem Jahr schon in die Entwicklung gesteckt, eine „kleinere“ Abschlagszahlung an die Industrie, die Endrechnung kommt noch, vermutlich erst nach den nächsten Wahlen. Und dann soll auch – 1996 etwa – über die Anschaffung für die Bundeswehr entschieden werden. Bislang hat sich die Bundesregierung nur bezüglich der Entwicklung vertraglich verpflichtet, aus der Serienfertigung könnte Bonn noch aussteigen. Was dereinst für ein fertiges Flugzeug zu bezahlen sein wird, das weiß heute niemand. Sicher ist nur: Es wird mehr sein als geplant. Der Bundesrechnungshof schätzt den Preis auf 40 Mio. Mark pro Stück für die ersten Exemplare im Jahr 2000, 18 Jahre später, wenn die letzte der anvisierten 140 Maschinen gekauft wird, läge der Preis schon bei 464 Millionen. Pro Stück! Aber, wie gesagt, über die Anschaffung der „Eurofighter“ ist noch nicht entschieden und vielleicht regt sich genügend Widerstand, um die Bundesregierung zum Ausstieg zu bewegen. Ein Aktionsbündnis gegen den Eurofighter 2000*) hat sich bereits gegründet, und jede/r kann mitmachen. Ziel der Aktion ist es, durch den Ausstieg aus dem militärischen Großprojekt einen Beitrag zum sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft zu leisten. In den Rüstungsschmieden von heute sollen morgen sinnvolle, zivile Produkte entstehen. Wer Panzer bauen kann, der kann auch Straßenbahnen oder Züge konstruieren. Wir brauchen High-Tech für den Schutz der Umwelt und „Euro-Kämpfer“ zur Rettung der Wälder – und der Wildschweine.

Herzlich Ever

*) Informationen über die Aktion und weitere Infos über den Eurofighter gibts bei: Kommunikationszentrum Idstein e.V. (KOMZI), Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein Tel.: 0 61 26/5 31 18

INHALT

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Rückblick auf den Münchener Kirchentag	
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
„Dorf man Soldaten potentielle Mörder nennen?“	
KONTROVERS	10
„Das militärische Zeremoniell abschaffen?“	
RECHT	12
Die Kürzungen im Zivildienst	
wub-THEMA:	13
FUNDAMENTALISMUS	
Protestantischer Fundamentalismus	14
Islamischer Fundamentalismus – Neues Feindbild für die NATO?	16
Fundamentalismus im Judentum	18
Islamische, jüdische und christliche Stimmen zum Frieden	19
SATIRE	21
UNTERWEGS	22
Zivis im Gaza-Streifen	
BUCHTIP	25
INFO	26
EINSICHTEN	28
Von Erich Küstner	
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32



Edward Kienholz: Das tragbare Kriegerdenkmal
Foto: Werner Schulz

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Soeyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Halger Gilhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wegner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergsstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Postanschrift: Postfach 26 02 30, 50515 Köln, Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21) 21 29 33. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Konkakturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10.–. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Layout: Psiuk, Schorndorf. Satz und Druck: Windhueter, Schorndorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 49 000 / ISSN 0936-6520

Zahlen

122 000 Zivis im Einsatz

Im August sind nach Angaben des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Dieter Hackler, mehr als 122 000 Zivis im Einsatz gewesen. Rund 101 000 in den alten und 21 500 in den neuen Bundesländern.

„Die Engel von Phnom Penh“

4,8 Millionen Mark kostete die Anzeigenkampagne, mit der die Bundeswehr in 60 Zeitungen auf ihre „neuen Aufgaben“ hinweisen wollte. Zu den humanitären Einsätzen in Kambodscha war den

Werbeleuten die steile Schlagzeile „Die Engel von Phnom Penh“ eingefallen.

Dreckwasser

Seit 1982 stellt die EG Grenzwerte für die Reinheit der Badegewässer auf. In der jüngsten Studie, die Zahlen von 1992 enthält, bietet Deutschland als Schlußlicht das schlechteste Wasser zum Baden: nur 76 % der Küsten- und 54 % der Binnengewässer entsprechen der EG-Norm. Die beste Wasserqualität bieten dagegen Griechenland und Irland.



Zitate

„Weil der Zivildienst bequemer ist, verweigert schon fast jeder zweite den Wehrdienst. Die Bundeswehr kann ihren Personalumfang nicht mehr halten. Ich fordere daher die Verlängerung des Zivildienstes von 15 auf 18 Monate, damit nicht sachfremde Argumente oder gar Drückebergerei den Ausschlag für die Entscheidung der Jugendlichen geben. Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr, die nicht durch Kriegsdienstverweigerer ausgehöhlt werden darf.“

Christian Schmidt, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag

„Ich stelle mir einen Orden mit verschiedenen Stufen vor. Wie beim Bundeswehrehrenkreuz: Bronze, Silber und Gold.“

Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, über künftige Orden für in Somalia eingesetzte Bundeswehrsoldaten

„Wohin immer unser demokratischer Rechtsstaat seine Soldaten schickt, dahin begleiten wir sie.“

Johannes Dyba, kath. Militärbischof über out-of-area-Einsätze der Militärseelsorge

„APO, Anti-Kernkraft-Bewegung und Nachrüstungsgegner haben Gewalt als legitimes Mittel des Protestes angesehen und dadurch zu einem Verfall der politischen Kultur beigetragen.“

Aus einer Entschließung des CSU-Partei vorstandes zu den Terroranschlägen gegen Ausländer

„Der Truppe droht ein Rekruten-Notstand. Deshalb muß die Einführung der Gewissensprüfung ernsthaft geprüft werden.“

Friedhelm Ost, CDU-MdB

Fundstücken

Feldpost

Auch das gibt es jetzt wieder: „Feldpost“ und „Feldpostbeamte“. Wie der Informationsstab des Verteidigungsministeriums in einer Pressemeldung mitteilte, wird mit sechs „Feldpostsoldaten“, das sind zu Reserveübungen eingezogene Postbeamte, ein „Feldpostamt“ in Belet Uen eingerichtet. Von dort aus werden aber nicht nur die Soldaten in Somalia mit Briefen und Päckchen, sondern auch die vielen daheimgebliebenen Briefmarkensammler mit den „begehrten Feldpoststempeln“ versorgt.

„Military Channel“

Kriegsfilme und Militärberichte fast rund um die Uhr will ein neuer US-Kanal anbieten. Der „Military-

Channel“ soll ab Januar nächsten Jahres täglich mit zwei Spielfilmen, Nachrichten, sowie Sonderprogrammen über Militär, Waffen und Soldaten auf Sendung.



Nachlese

wub berichtete in Nr. 2/93 über „die Jugend von heute“

Inzwischen ergab eine Studie des Bundesjugendministeriums, daß ostdeutsche Jugendliche Ausländern ablehnender gegenüberstehen als ihre Altersgenossen in den alten Bundesländern.

„Überhaupt nicht denkbar“ sind Ausländer im eigenen Freundeskreis für 17 % in den neuen und 3 % in den alten Bundesländern. Auf eigene Erfahrung kann die Ablehnung von Ausländern allerdings kaum beruhen, denn nur 19 % im



Osten (West: 66 %) zählen Ausländer zu ihrem Bekanntenkreis.

wub fragt...

„Bundesbildungsminister Rainer Ortleb übt als erster aktiver Bundesminister mit der Truppe im Gelände.“

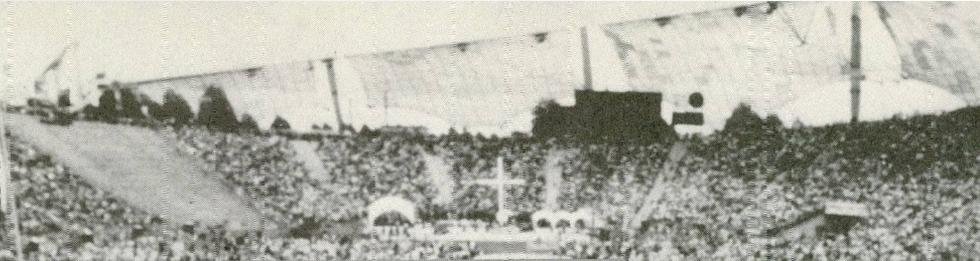


Foto: dpa

Als Oberleutnant absolviert der FDP-Politiker gegenwärtig eine Reserveübung beim Panzerbataillon 413 in der Vorpommern-Kaserne bei Eggesin.“ (Aus: Rheinpfalz, 17.7.1993)

wub fragt, wann der Minister sich einmal zur Ausbildung auf Zivi-Terrain begeben wird. Vielleicht hätte dies einen günstigen Einfluß auf das Materialverzeichnis der (Ortleb unterstellten) Bundeszentrale für politische Bildung, denn: dort kommen die Begriffe „Kriegsdienstverweigerung“ und „Zivildienst“ schon seit Jahren nicht vor. Unser Geheimtip: Wer sich für den unverändert maßgeblichen Wortlaut des Art. 4, Abs. 3 GG interessiert, kann bei der Bundeszentrale ein kostenloses Grundgesetz-Exemplar anfordern – solange Vorrat und Gültigkeit reichen. . .

F. S.



„Nehmet einander an“

Ein Kirchentagsrückblick

Zum 25. Mal trafen sich im Juni Christen aus Deutschland und der ganzen Welt zum Deutschen Evangelischen Kirchentag, diesmal in München, unter dem Motto: „Nehmet einander an“. Kaum jemals zuvor hatte eine Kirchentagsleitung bei der Auswahl des Mottos eine derart glückliche Hand, denn selten zeigte die Losung eines Kirchentages so zielgenau auf die aktuellen Schmerzstellen in unserer Gesellschaft. „Nehmet einander an“ – drei einfache, aber deutliche Worte, die man nicht erst lange übersetzen muß, die man gerade heute auch versteht, wenn man noch nicht so perfekt (kirchen-)deutsch spricht. Dementsprechend waren dann auch die Fragen nach unserem Umgang mit den Fremden, den Andersartigen, den Randständigen, dem Neuen schlechthin... aber auch nach unserem Zusammenleben mit den Gewaltbereiten, den Hassern, den Schlägern und Brandstiftern beinahe in jeder Veranstaltung präsent und so etwas wie das „heimliche Thema“ der gesamten vier Tage. Natürlich hatte niemand Patentrezepte bereit, und es waren auch keine Schuldigen in Sicht, vor deren Türen, Amtsstuben oder Botschaften man hätte lautstark protestieren können. So verlief dieser Kirchentag alles in allem als eher ruhige, nachdenkliche, ja weithin in sich gekehrte Veranstaltung, ohne allerdings je Gefahr zu laufen, die Dinge zu dramatisieren oder gar insgesamt zu versauern, im Gegenteil: Wo so viele junge Menschen versammelt sind, da ist immer auch Musik im Spiel, Tanz, Spaß und nicht selten wohl auch „dieses Kribbeln im Bauch“. Einige interessante Textbeiträge aus unterschiedlichen Themenbereichen dokumentiert wub auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

„Der Mehrheit anschließen zum Bösen?“

Auf die Frage, was können wir als Kirche tun? möchte ich antworten, wir sollen die Wahrheit sagen. Die Kirche ist eine alte Lehrerin, sie soll uns wahrheitsfähig machen in der Theorie und



Beim Abschlufgottesdienst im Olympiastadion: Eine Helferin verteilt Puzzlestücke, am Ende müssen sich je drei BesucherInnen finden, um die Weltkugel zusammensetzen zu können.

in der Praxis. Es mangelt uns nicht an Erkenntnis des wirtschaftlichen, militärischen und ökologischen Elends, in das wir uns immer tiefer verstricken, wohl aber am politischen Willen zur Veränderung. Darum verdrängen wir das schon erkannte Unrecht. In dieser Sache besteht kaum mehr ein Unterschied zwischen der Regierung und der Kirche. Können wir nicht die vielen alternativen Vorschläge zu Rüstungsboykott und Reduktion des Militärs, zu Abrüstung statt Umrüstung, zum Lebensrecht und Wohnrecht der Armen und zu einem anderen Umgang mit der Schöpfung zu einer klaren, unüberhörbaren Stimme der christlichen Minderheit machen? Müssten wir uns denn „der Mehrheit anschließen zum Bösen“ und die Wahrheit in Ungerechtigkeit aufhalten?

Dorothee Sölle, Prof. Dr. theol.

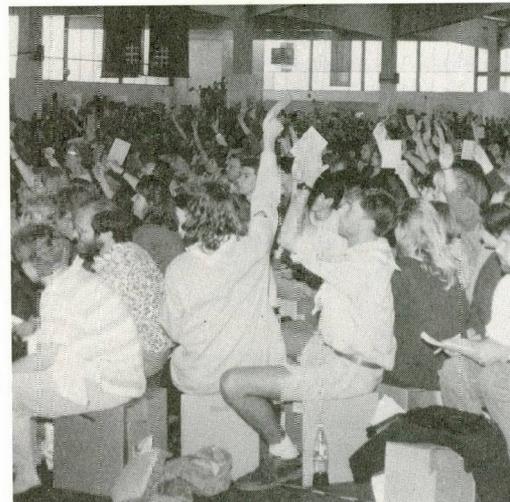
„Ernstere Zeiten“

Ich bin zum ersten Mal auf dem Kirchentag. Aber daran, daß ich hier bin, können Sie sehen, wie ernst die Zeiten sind.

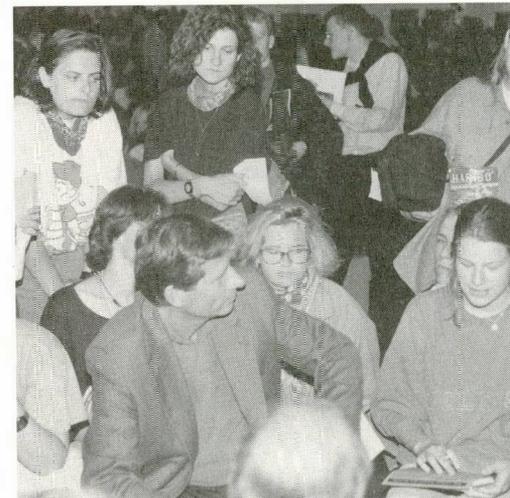
Klaus Staeck, Graphiker und Satiriker

„Gefährlicher Kitsch“

Es gibt viele Menschen, denen man die elementaren Rechte verweigert: das Recht, genug zu essen und zu trinken zu haben, das Recht auf Kleidung, das Recht auf sichere Wohnung, möglichst gute Versorgung und menschliche Zuwendung im Krankheitsfall, um nur das zu nennen. Daß einem Menschen diese Rechte verweigert werden, macht ihn aber nicht zum moralisch besseren Menschen. Armut schändet nicht. Daß sie adale, dürfte eine Übertreibung sein. Hunger bringt Menschen um. Daß er ihren Charakter verbessere, wäre eine zynische Verschlei-



Jugendforum: Mit roten und grünen Karten signalisieren die ZuhörerInnen Zustimmung oder Ablehnung.



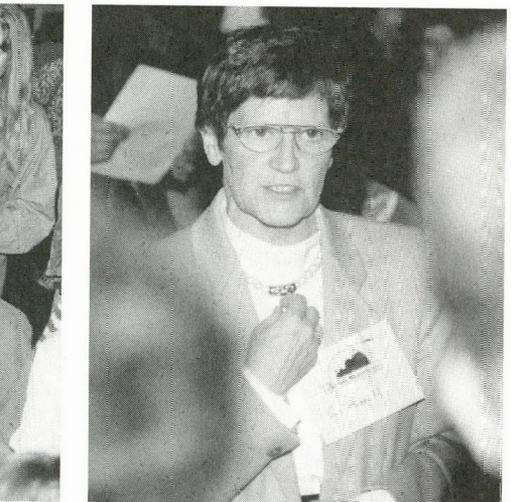
Natürlich war auch viel Prominenz dabei: Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert...



Foto: epd-Niemz



lehnung.



... und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth beim Forum Jugend.

rung des Unrechts, daß Menschen hungern. Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben werden, indem man sie verfolgt oder ihnen die elementaren Lebensgrundlagen verweigert, werden als Flüchtlinge und Asylsuchende nicht zu besseren Menschen. Die Glorifizierung ist nur die komplementäre Kehrseite der Disqualifizierung. Wenn die Reichen und Mächtigen die Armen und Schwachen für die besseren Menschen erklären, ist das gefährlicher Kitsch, denn es ist ein bewußter oder unbewußter Versuch, mit der billigen moralischen Disqualifizierung des eigenen Reichtums und der eigenen Überlegenheit faktisch alles beim alten zu lassen. Es geht aber darum, daß nicht alles beim alten bleibt, es geht um Abhilfe. In den Hungernen und Durstenden, den Fremden und Nackten, den Kranken und Gefangenen Christus zu erkennen, heißt nicht, sie anzubeten, sondern für sie einzutreten.

Dr. Jürgen Ebach, Theologieprofessor

„Gewalt ist kein Heilmittel“

Wo steht eigentlich geschrieben, daß man **nur** durch Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgen kann? Tatsächlich ist das politische Denken auf dieses Muster fixiert, weil es bis heute keine anderen Mittel gibt, und es gibt keine anderen Mittel, weil staatlich-politisches Handeln nur diese im Blick hat. Fast möchte man sagen, daß „Androhung und Ausübung von Gewalt“ als das Allheilmittel zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Recht und Frieden betrachtet wird. Dabei wissen wir doch, daß dies nicht mal ein Heilmittel ist. Wir wissen doch, daß Gewalt Gegengewalt hervorruft und zur Eskalation neigt. Wir wissen doch, daß sich Gewalt letztlich nicht durch Gewalt überwinden läßt. Wir wissen doch, daß insbesondere militärische Gewalt allzu oft schon vernichtet hat, was sie zu schützen vorgab, zuallererst Recht und Ordnung. Trotzdem beschränken Politiker und Medien, ja sogar Kirchenvertreter, die öffentliche Debatte weitgehend auf die Frage, ob und wie militärische Gewalt, z. B. im Bosnien-Konflikt, angewendet werden soll.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Studienleiter an der Evang. Akademie Mülheim

„Zusammenschließen – gegen wen?“

Wir Deutschen haben uns nun vierzig Jahre lang an unseren Feinden orientiert, den Kommunisten im Osten, die uns bedrohten und gegen die wir zusammenstehen mußten. Aus den hochgerüsteten Staaten von der Mauer in unserem Land bis nach Sibirien sind Notstandsgebiete geworden, und wir sehen, wie menschlich es dort zugeht und daß sich zwischen ihnen und uns nicht viel unterscheidet. Wir haben keine Feinde mehr. Aber gegen wen wollen wir uns heute zusammenschließen, so, daß wir wieder wissen, wer wir sind, und worauf wir stolz sein können? Die Gefahr ist, daß an die Stelle der Russen die Ausländer treten, die unsere freiheitliche Verfassung hinterhältig ausnutzen. Die Asylanten, die Wirtschaftsflüchtlinge, die Aussiedler, die behaupten, Deutsche zu sein. Und schon gibt es wieder etwas, das uns verbindet, gemeinsame Abwehr. Schon können wir wieder darauf pochen, Deutsche zu sein, die ihr Feuerzeug in der Tasche und ihren Selbstbehauptungswillen in Phrasen haben. Wir sind von Freunden umzingelt, sagte neulich einer unserer Minister. Sehen wir zu, daß sie nicht auf neue zu unseren Feinden werden.

Dr. Jörg Zink, evang. Pfarrer und Journalist

„Freiheit“

Mein Jubel über die Freiheit von Presse und Rede wird sehr verhalten, wenn ich Menschen begegne, denen sie wenig bedeutet, und denen zum Reisen zwar nicht mehr die Möglichkeit fehlt, aber das Geld. Wenn sie als Preis für die Freiheit den Arbeitsplatz hergeben müssen, fühlen sie sich übers Ohr gehauen, besonders in einer Umgebung, die den Sinn des Lebens einzig an der Wohlstandsvermehrung sieht. Da ist nicht nur der Fremde arm, sondern der Arme wird auch zum Fremden. Wir begegnen ihnen ja allerorten, auf Bahnhöfen und Parkbänken, und wir werden durch sie daran erinnert, daß die jetzt triumphierende Marktwirtschaft, trotz aller sozialen Komponenten, die die ihr inwohnende Ungerechtigkeit mildern, eine Ordnung ist, die Moralisten und Barmherzige



Großes Interesse auch am wub-Stand und an der Ausstellung „wub-Kunstpreis '93“

braucht. Sie braucht Leute, die beim Wort reich nicht nur an Geld, beim Wort heilig nicht nur an Eigentum denken, die im Menschen mehr als den Produzenten von Leistung sehen können und die auf die Kinderfrage: Warum soll ich nicht lügen, nicht stehlen, nicht töten? noch etwas anderes ehrlich zu antworten wissen, als: Weil dir sonst eine Strafe droht.

Günther de Bruyn, Schriftsteller

„Unser Gewissen“

Einer hat einmal gesagt: Im christlichen Glauben muß alles durch das Nadelöhr eines Persönlichen gehen. Unser Gewissen ist gefragt. Was ist es mit unserm Gewissen? Gewissen heißt: Nachdenken über uns selbst, mit uns selbst ins Reine kommen, ins Spiel bringen, was wir von uns selbst halten, uns den Spiegel unserer eigenen Überzeugungen vorhalten. Das ist heute nicht mehr nur eine Frage meiner ganz persönlichen, moralischen Einstellung. Ob wir unser Gewissen zu Wort kommen lassen, ist zu einer Überlebensfrage geworden – für unsern Rechtsstaat und für unsere Demokratie, für unser menschliches Zusammenleben überhaupt, für unsere Verantwortung für die Schöpfung und damit für die Zukunft unserer Kinder. Vielleicht kann ich den einen oder anderen unter Ihnen ermutigen, auch sein Gewissen zu befragen: Keiner von uns hat den Brand in das Haus der Türkenfamilien geworfen. Aber habe ich nicht den Mund gehalten, als unsere Nachbarn meinten: Was wollen diese Schmarotzer, die Asylanten, bei uns? Habe ich nicht feige geschwiegen, als die Rede auf die Behinderten kam: Wozu machen wir uns solche Kosten mit diesen nutzlosen Essern? Habe ich nicht wegsehen, als die Gruppe Jugendlicher sich an die alte Frau heranmachte und ihr die Handtasche entriß? Habe ich nicht mit der Mehrheit gestimmt, als es darum ging, „höhere politische Interessen“ gegenüber irgendwelchen unbedeutenden Leuten durchzusetzen? Habe ich mich nicht dem Fraktionszwang gebeugt, obwohl ich als gewählter Abgeordneter allein meinem Gewissen verantwortlich bin? Selbstverständlich habe ich gute Gründe gehabt: Ich werde mich doch selbst nicht in die Isolierung begeben! Ich kann ja doch nichts ändern. Was hilft es, wenn ich eingreife? Nachher bekomme ich selber Prügel. Da sollen die da oben mal für Recht und Ordnung sorgen. Ja, wir brauchen einen starken Staat! Unser Gewissen ist lernfähig. Es gibt gute Gründe – und mit der Zeit werden sie immer zahlreicher und erscheinen uns immer überzeugender. Man kann sein Gewissen dressieren.

Albrecht Schönherr, ehem. Bischof von Berlin-Brandenburg

„Gute Nachricht“

So schlimm die Lage der Menschenrechte auch ist, so nah Bosnien bei uns liegt, so fürchterlich das Leiden der Opfer ist, so stark die Widerstände gegen die Menschenrechte sind, es gibt auch eine gute Nachricht. Sie heißt: In allen Staaten und Regionen auf diesem Globus sind in den letzten Jahren Menschenrechtsorganisationen entstanden. 1991 haben wir über 1000 solcher Organisationen gezählt. Und man kann etwas gegen Menschenrechtsverletzungen tun. Es ge-

hört zur Menschenrechtsarbeit, Vertrauen in die Macht der zivilen Einmischung vieler Menschen zu haben. Je effektiver dabei die frühzeitige Einmischung eintritt, desto eher kann die Eskalation beginnender Krisen in größere Katastrophen verhindert werden. So verstandene Menschenrechtsarbeit kann der Gerechtigkeit und dem Frieden dienen. Das ist keine Floskel. Menschenrechtsarbeit, die rechtzeitig und wirksam Solidarität mit den potentiellen und tatsächlichen Opfern praktiziert, ist friedensfördernd und kann Kriege verhindern helfen. Denn es gibt keinen kriegerischen Konflikt, der nicht mit Menschenrechtsverletzungen begonnen hat. Die zivile Macht der mitmenschlichen Solidarität ist auf jeden Fall die den Menschenrechten am ehesten entsprechende Methode der Umsetzung. Wenn das stimmt, bleibt die Frage: Warum trauen wir uns so wenig zu? Wo ist unsere Zivilcourage? Angeblich sind wir doch das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht.

Volkmar Deile, Generalsekretär von ai, Bonn

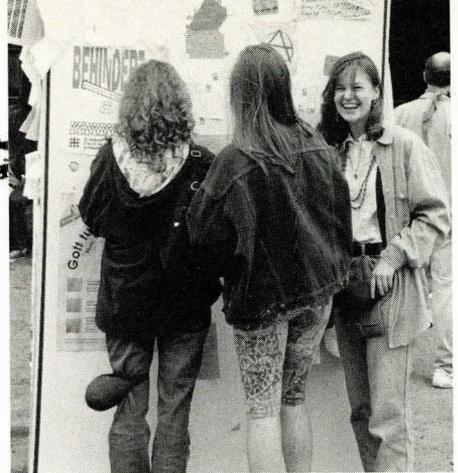
„Anti-Kreuzzug“

Echte Versöhnung kostet sehr, sehr viel. Sei es in Bosnien oder Nordirland, Sri Lanka oder Sudan, Armenien oder Zypern... die Wenigen inmitten des Hasses, denen es um die Menschlichkeit geht, werden Zeichen setzen müssen, daß die Liebe den Haß überwinden kann. Es gibt, Gott sei Dank, immer wieder Menschen, die beweisen, daß vergebende Liebe möglich ist. Die zarte Pflanze Friedensbewegung – heute oft eine weibliche Pflanze – sei es in Serbien, in Südafrika oder in Israel – braucht unsere Fürbitte und die Gewißheit, nicht alleine zu sein. Ich weiß keine einfachen Antworten, sondern nur, daß letztlich die Feindesliebe der einzige Weg ist, die Feindschaft zu überwinden. Ein langer Weg. Es wäre schon ein Lichtblick, wenn die Religionsgemeinschaften die jeweils mit ihnen Verbundenen zur Buße und zur Gewaltlosigkeit aufrufen würden. Wir sind alle berufen, jeder und jede, uns irgendwie auf diesen Weg zu machen. Weggenossen, Jesus unerkannt unter ihnen, werden wir auf diesem Anti-Kreuzzug finden. Aber nicht unbedingt viele. Nehmet einander an. Soweit es in eurer Kraft liegt, sorgt dafür, daß ihr niemanden, aber auch niemanden dabei ausschließt.

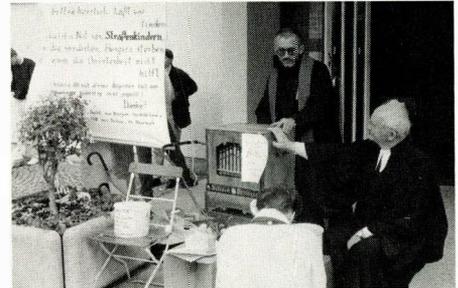
Dr. Paul Östreicher, Leiter des Versöhnungszentrums an der Kathedrale von Coventry

Kirchentag in Zahlen

1949	wurde der Deutsche Evangelische Kirchentag von Reinhold von Thadden-Trieglaff als protestantische Laienbewegung ins Leben gerufen
125 364	DauerteilnehmerInnen hatten sich in München angemeldet
55 %	davon waren Frauen
61 %	der TeilnehmerInnen waren unter 30 Jahren alt, fast ein Viertel unter 18 Jahren
2 831	ausländische Gäste aus 74 Ländern waren nach München gereist.
25 000	Mitwirkende waren in irgendeiner Form an der Organisation der Veranstaltung beteiligt, davon allein
7 238	BläserInnen



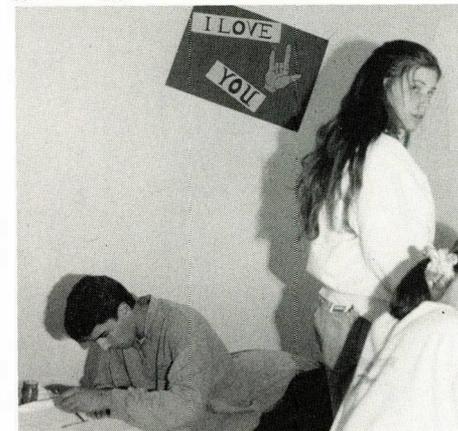
Das Miteinander wird groß geschrieben bei Kirchentagen...



... sei es an der Drehorgel, wo für Straßenkinder in Brasilien gesammelt wurde



... beim Tanzen...



... oder im Zentrum für Gehörlose, wo Hörende z. B. das Zeichen für „I love you“ lernen konnten. Fotos: W. Schulz

1 000	Kilogramm Kaffee wurde für die stark beanspruchten MitarbeiterInnen verkauft. Für die Verpflegung der Besuchermassen gab's u. a.
45 000	Liter Eintopf,
16,5	Tonnen Obst,
96 000	Brötchen.
11 000	ZuhörerInnen hatte Jörg Zink bei seiner Bibelarbeit in der Olympiahalle strömten zum Dialog Drewermann/Sölle
5 000	zu Yolanda King, Martin Luther Kings ältester Tochter.
2 000	wub-Hefte nahmen BesucherInnen vom Stand am Markt der Möglichkeiten mit nach Hause.
1 000	findet der nächste Kirchentag in Hamburg statt.
1995	W. Sch.

Im Teil II unserer kleinen Reihe über den Dialog zwischen Soldaten und Armeegegnern geht es um den Streit:

Darf man Soldaten ungestraft „potentielle Mörder“ nennen?

Von Christoph Weller

Es war Kurt Tucholsky, der, zu Zeiten der Weimarer Republik, in der Zeitschrift „Die Weltbühne“ den einfachen und klaren Satz geschrieben hatte: „Soldaten sind Mörder“. Der verantwortliche Herausgeber der Weltbühne, Carl von Ossietzky, wurde nach der Veröffentlichung dieses Satzes zwar wegen Beleidigung angeklagt, vor Gericht aber freigesprochen. Das war 1932. Wenn hingegen heute jemand Tucholsky statt auf Papier auf dem

Heckfenster seines Autos zitiert – etwa mit einem Aufkleber wie auf unserem Foto – wird er wegen Volksverhetzung angeklagt und zu einer Geldstrafe von 8400 DM verurteilt; so geschehen in Krefeld, im Herbst 1991. Doch das war schon der (mindestens!) fünfte Akt in einer nicht enden wollenden Geschichte, die während der größten Nervositätsphase des Militärs seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begann:

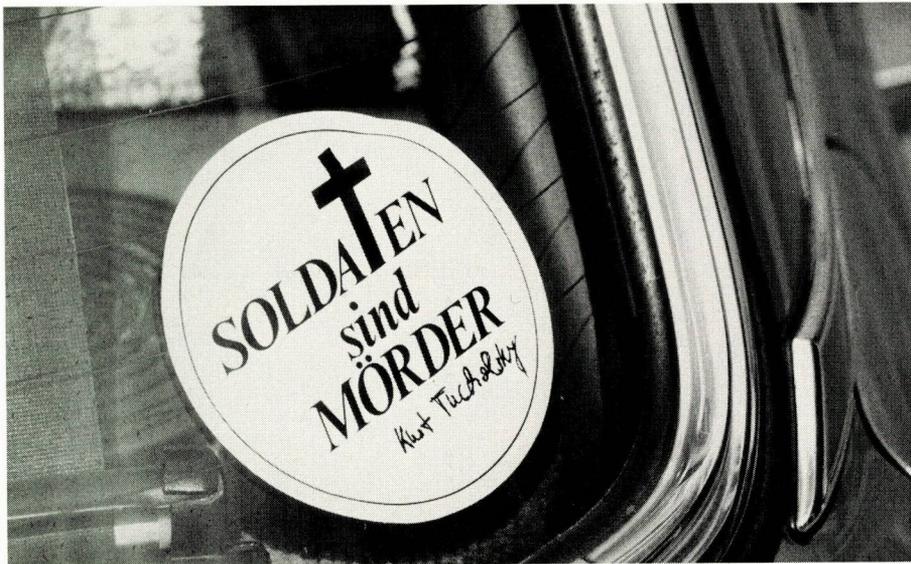


Foto: W. Schulz

Soldatengerichte

1986, während der heftigen Auseinandersetzungen um den sog. „Nato-Doppelbeschluss“, verhandelte ein Frankfurter Schöffengericht gegen Peter Augst, der 1984 den inzwischen schon berühmten Satz „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“ gesagt hatte. Augst wurde wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen (insgesamt 10500 DM) verurteilt. Anlaß war eine jener damals unzähligen Diskussionsveranstaltungen, bei de-

nen Befürworter und Gegner des Nato-Doppelbeschlusses zu Wort kamen. So saßen 1984 bei einer Diskussion in der Frankfurter Friedrich-Ebert-Schule ein Vertreter der Friedensbewegung, ein Jugendoffizier und ein Pfarrer auf dem Podium. Der Mann aus der Friedensbewegung, Peter Augst, Arzt und Mitglied der IPPNW („Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“), stellte nach den Ausführungen des Jugendoffiziers seine Position dar und versuchte, den 15- bis 16jährigen Schülerinnen und Schülern klarzumachen, mit welchem Drill Soldaten für den

Ernstfall vorbereitet werden. Er hob darauf ab, wie die für den Menschen normale Tötungshemmung bei Soldaten zurückgedrängt werden müsse, und wie dies systematisch in allen Armeen der Welt betrieben werde. In diesem Zusammenhang äußerte er auch den Satz „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“. Der Jugendoffizier fühlte sich durch diesen Ausspruch beleidigt und stellte gegen Augst Strafantrag, dem sich auch der Bundesverteidigungsminister anschloß. Daß diese Geschichte dann über sechs Runden verhandelt werden mußte, daß sich Freisprüche mit Revisionsverhandlungen vor Landes- und Oberlandesgerichten abwechselten, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Erst im November 1992 wurde Peter Augst endgültig freigesprochen. Zwar handelte es sich nach Meinung des Gerichts um eine Beleidigung, aber die sei durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt.

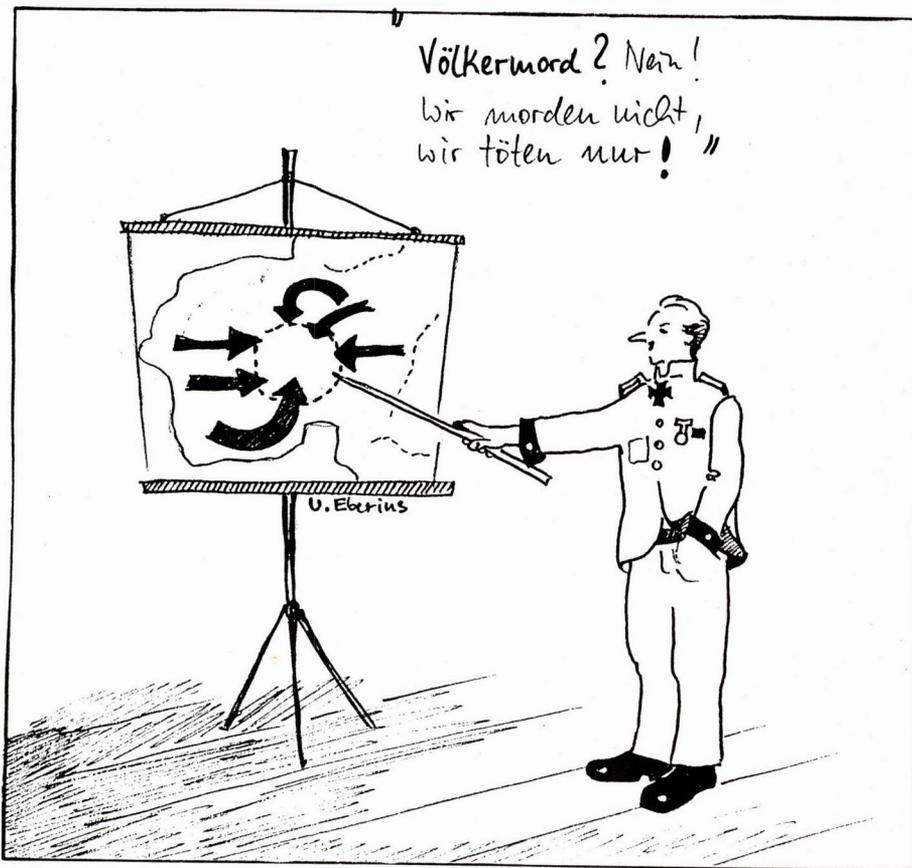
Vor allem Zurechtweisungen

Zahlreiche andere Verfahren liefen weniger glimpflich, allerdings auch mit viel weniger Aufsehen ab. Vor allem in Bayern endeten die Prozesse mit zum Teil erheblichen Geldstrafen. Doch neben einigen tausend Mark für die Staatskassen brachten die Beleidigungsprozesse auch Freisprüche ein, so etwa in Münster für zwei Mitglieder der Friedensbewegung, die am Volkstrauertag 1989 Plakate mit dem Text „Alle Soldaten sind Mörder“ getragen hatten. Vor allem aber gab es Zurechtweisungen der beleidigten Kläger durch höhere Instanzen. Das Bundesverwaltungsgericht beispielsweise bescheinigte in einer Urteilsrevision den an der Verurteilung Beteiligten übermäßige Emotionalität und unangemessene Aufregtheit in dieser Sache. Und auch das Bundesverfassungsgericht beteiligte sich an den Zurechtweisungen und hob eine Disziplinarstrafe gegen zwei Offiziere auf, weil der Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts unter anderem „potentielle Mörder“ mit „gewissenlosen Killern“ verwechselt habe.

Auch PolitikerInnen wurden in die Zurechtweisung durch die Gerichte mit einbezogen, dort nämlich, wo sie in völlig unangemessener Weise Gerichtsurteile gescholten und damit nicht nur in die Unabhängigkeit der Justiz wenig geachtet, sondern beim Gericht sogar den Eindruck hinterlassen hatten, Einfluß oder sogar Druck auf RichterInnen ausüben zu wollen. Die lange Liste juristischer Entscheidungen bescheinigt nach meinem Eindruck vor allem den Gegnern pazifistischer Überzeugungen, daß es ihnen an demokratischer Gesinnung mangelt: Demokratie braucht keine beleidigten Leberwürste, sondern vernünftig argumentierende Diskutanten, die sich engagiert und aktiv an der demokratischen Willensbildung beteiligen.

Die Folgen der Gerichtsverfahren

Auch wenn vielleicht diese Botschaft bei einigen der Verantwortlichen so langsam angekommen sein könnte, so muß im Rückblick doch überlegt werden, welche Wirkungen die Prozesse um den Soldaten-Mörder-Vergleich hinterlassen haben. Vier langfristig wirkende Folgen haben sich eingestellt, die zum Teil in Wechselbeziehung zueinander stehen und hier und da sicher unterschiedlich starke Auswirkungen zeigen:



Zeichnung: Ulrike Eberius

Völkermord? Nein!
Wir morden nicht,
wir töten nur!

U. Eberius

1.) Durch die Anklageerhebungen gegen PazifistInnen wegen „Beleidigung“, d.h. wegen einer allgemein als negativ beurteilten Handlung, wurde vielfach auch die moralische Abwertung pazifistischer Auffassungen erreicht. Außerdem hat sich unter PazifistInnen selbst eine Verunsicherung breitgemacht und viele fragen sich, ob pazifistische Überzeugungen in der Öffentlichkeit noch eindeutig und klar geäußert werden dürfen. Dies trifft jedoch auch auf eine Gegenbewegung:

2.) Die Freisprüche bei den Prozessen um den Soldaten-Mörder-Vergleich hatten, vor allem durch die politisch geschürte Empörung, eine enorme Öffentlichkeitswirkung, was dazu beitrug, daß pazifistische Argumentation öffentlich verbreitet und diskutiert wurden.

3.) Dem stand jedoch wiederum entgegen, daß der Diskussionsgegenstand oftmals die rein juristische – und für die Öffentlichkeit weitgehend unverständliche und auch völlig irrelevante – Frage war, ob irgendeine Äußerung in genau der Formulierung, an eben jenem Ort, zu genau dieser Zeit... eine Beleidigung sei oder nicht. Damit wurde von der eigentlichen Frage, ob militärische Gewaltanwendung grundsätzlich zu rechtfertigen sei oder nicht, stark abgelenkt.

Aus welcher Perspektive man die Urteile auch betrachtet: es gibt eine Mischung aus Vor- und Nachteilen, und kaum jemand wird in der Lage sein, zu entscheiden, für welche Seite die Vor- oder Nachteile überwiegen. Vor allem aber kann niemand vor dem Beginn eines Verfahrens abschätzen, ob das Gesamtergebnis eher für die pazifistische oder für die Gegenseite größere Vorteile bringen wird. Und solche strategischen Überlegungen sind einem demokratischen Rechtsstaat auch völlig unangemessen, denn:

4.) Für die demokratische Gesellschaft wird es immer ein Schaden sein, wenn strittige Standpunkte nicht rational diskutiert werden, wenn es keine Sachauseinandersetzung, sondern Beleidigungsanklage gibt und dabei die jeweilige Gegenseite als eine Gruppe nicht ernstzunehmender Sonderlinge betrachtet wird, so daß sich am Ende Standpunkte nur verhärten und die Benachteiligten nicht mehr diskursfähig sind.

Antidemokratische Tendenzen

Am stärksten wurden solche antidemokratischen Tendenzen in Sachen „Soldatenurteile“ vom Verteidigungsministerium befördert, denn dort, so hat man den Eindruck, konnte man sich nicht damit abfinden, daß PazifistInnen unbestraft bleiben können, wenn sich ihre Aussagen als Beleidigungen einstufen lassen. Dem beleidigten Jugendoffizier wurde vom Gericht ausdrücklich bescheinigt, daß die Aussage „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“ eine Beleidigung darstellt, und Peter Augst hat glaubhaft machen können, daß er nicht den Jugendoffizier beleidigen, sondern die Diskussion um das ethische Problem des Soldat-Seins anregen wollte. Damit hätten alle Beteiligten zufrieden sein können, auch der Jugendoffizier und die Bundeswehr, denn das Gerichtsurteil wies ausdrücklich darauf hin, daß nicht jeder oder jede, wann immer er/sie will, den Augstschen Satz wiederholen darf, ohne dafür möglicherweise bestraft zu werden. Das Bundesverteidigungsministerium aber wollte offenbar unbedingt die Bestrafung bzw. politische Disziplinierung der „Übeltäter“, und es sah ganz so aus, als wäre das eigentliche Ziel nicht ein rechtsstaatliches Urteil, sondern ein Schuldspruch gewesen.

Konsequenzen

Wenn auch die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen, die vom UN-Sicherheitsrat als erlaubt betrachtet werden, es kaum erwarten läßt, daß eine Versachlichung der sicherheits- und militärpolitischen Debatten vor uns steht, könnten doch aus den Erfahrungen mit den Soldatenurteilen einige Konsequenzen gezogen werden, damit solche Auseinandersetzungen in Zukunft demokratiegerechter ablaufen. Wenn also das Ziel darin besteht, im demokratischen Meinungsbildungsprozeß Argumente auszutauschen, um am Ende zu einer von möglichst vielen getragenen Entscheidung zu kommen, so ist es zunächst einmal wichtig, daß die Verhärtungen auf allen Seiten abgebaut werden, damit überhaupt miteinander diskutiert werden kann. Vom Bundesverteidigungsministerium und von allen, die sich auf dessen Seite der bisherigen Trennlinie sehen, verlangt dies die Anerkennung der Tatsache, daß es zu sicherheits- und militärpolitischen Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen gibt und vor allem: geben darf. Der Soldaten-Mörder-Vergleich gefährdet nicht den Rechtsfrieden. Wohl aber gefährdet der Anspruch, die einzig vertretbare Auffassung zu besitzen, die Demokratie. Und die Instrumentalisierung von Gerichten und Soldaten zur Verbreitung dieses Anspruchs ist ein ebenso undemokratisches Verhalten. Hier sind also Lernprozesse nötig, die durch die in letzter Zeit ergangenen Urteile möglicherweise unterstützt werden. Doch auch auf pazifistischer Seite sind Konsequenzen aus den gemachten Erfahrungen zu ziehen, wenn das Ziel der produktive demokratische Meinungsbildungsprozeß sein soll.

Widerspruch ohne Beleidigung

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß von staatlicher Seite immer stärker der Eindruck vermittelt werden wird, Gewalt und Krieg seien zur Erreichung bestimmter Ziele grundsätzlich gerechtfertigt. Dem ist von pazifistischer Seite immer zu widersprechen, aber in einer Art und Weise, die es dem Gegenüber auch ermöglicht, zuzuhören, die zum weiteren Gespräch und zur weiteren Auseinandersetzung einlädt, also mit Argumenten und guten Beispielen auskommt und keine Beleidigungen braucht. Außerdem müssen PazifistInnen anerkennen, daß trotz massenhafter Proteste gegen den Golf-Krieg und demoskopisch ermittelter Mehrheit gegen out-of-area-Einsätze der Bundeswehr es (noch) nicht die Mehrheit in Deutschland ist, die militärische Gewalt grundsätzlich ablehnt. Aber vielleicht kann durch solche Schritte die vordergründige Frage der Beleidigung umgangen werden und zum Kern des Problems vorgestoßen werden, zur Frage, ob das Kriegsvölkerrecht die vorsätzliche Tötung von Menschen rechtfertigen kann oder nicht.

Der Autor ist Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TH Darmstadt

(Weiterführende Materialien, Analysen und Dokumente zum „Soldatenurteil“ finden sich in dem von der IPPNW, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Humanistischen Union und dem Verein für Friedenspädagogik Tübingen herausgegebenen Buch: **Sind Soldaten Mörder? Analysen und Dokumente zum „Soldatenurteil“**, Tübingen 1990.)

Man kennt die Szenen aus dem Fernsehen: Ein Staatsgast kommt, steigt aus dem Flugzeug, winkt freundlich zu den Fotografen, lächelt (vielleicht) beim shake-hands mit dem Gastgeber. Und wenn er dann plötzlich sehr, sehr ernst wird – dann weiß man: Jetzt beginnt das militärische Zeremoniell. In Reih und Glied sind zur Begrüßung Soldaten aufmarschiert, Gewehr bei Fuß, geschultert oder präsentiert. Und manchmal wird auch noch Salut geschossen. Brauchen wir dieses Schauspiel noch? Ist es nicht längst überholt? Oder erwarten die Gäste gar, daß sie so und nicht anders empfangen werden? In wub-Kontrovers diesmal zwei Ansichten zum militärischen Zeremoniell.

Kontrovers



Fotos: dpa

Nein – „Militärische Ehrenerweisungen sind Friedensgesten“

Von Dr. Albrecht Rittmann *

Als junger Mensch bin ich allen zeremoniellen Handlungen sehr skeptisch gegenübergestanden. Warum eigentlich eine festgefügte Form, deren Sinngehalt häufig aus einem nicht mehr

klaren Herkommen stammt? Können zeremonielle Handlungen nicht spontan und ganz individuell gestaltet werden? Ganz in diesem Sinne schlug eine Hamburger Friedensinitiative vor, ausländische Staatsbesucher nicht mehr mit einer Ehrenformation der Bundeswehr, sondern mit einem von Besuch zu Besuch neugebildeten Empfangskomitee, z. B. aus Ärzten, Scharnsteinfeuern, Hausfrauen und Kindern zu begrüßen. Beim kürzlich stattgefundenen Besuch des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, wurde von der Aktion „Ohne Rüstung Leben“ angeregt, bei der Begrüßung des Staatspräsidenten (und bekannten Schriftstellers und Bürger-

rechtlers) statt einer „uniformen, kommandierbaren Gruppe eine vielfarbige, vielgestaltige Gesellschaft von eigenständigen Männern und Frauen“ zu zeigen, um damit eine zivile, friedensliebende Gesellschaft zu demonstrieren.

Natürlich haben mich diese, in einem offenen Brief geäußerten, Gedanken zum Nach- und Überdenken bewegt. Der Vorschlag löst leicht ein Mißverständnis aus. Das militärische Begrüßungszeremoniell verkörpert nicht (ausschließlich) die militärische Seite des gastgebenden Landes. Durch das Auftreten einer Abordnung einer militärischen Einheit und die dabei gezeigte Bereitschaft, sich durch den Gast „inspizieren“ zu lassen, werden symbolhaft freundliche Absichten und Vertrauen signalisiert. Die wesentlichen militärischen Ehrenerweisungen sind ihrem Grundgehalt nach als Friedensgesten zu deuten.

Demonstration friedlicher Absicht

Das Grüßen durch Handanlegen leitet sich ab vom Aufklappen des Visiers und hält die rechte Hand von der Waffe fern. Beim Abschreiten der Front einer Ehrenformation kann sich der Gast vergewissern, daß die präsentierten Gewehre nicht geladen sind. Das Salutschießen schließlich macht deutlich, daß die Geschützrohre freigeschossen sind, um dem Ankömmling friedliche Absichten anzuzeigen.

Dem militärischen Zeremoniell ist also eine Bildsprache zueigen, deren Symbolgehalt weltweit akzeptiert und verstanden wird. Eine militärische Einheit tritt einem Vertreter eines anderen Landes „unbewaffnet“ gegenüber. Die Schärfe dieses Kontrastes wird durch kein anderes Zeremoniell erreicht.

Anfügen möchte ich, daß im internationalen Vergleich das militärische Zeremoniell der Bundeswehr sehr zurückhaltend ist, und nicht in seiner Ausstattung, eher in seiner Präzision besticht.

Folklore in den Bundesländern

Beim Empfang eines Staatsgastes durch den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes wird in abgeschwächter Form ein Begrüßungszeremoniell durch die Polizei des Landes praktiziert. In Baden-Württemberg, wie in anderen Bundesländern, werden in Ergänzung zu formellen Elementen gerne landestypische Begrüßungselemente folkloristischer Art wie Trachtengruppen, Trachtenkapellen, berittene Fanfarenzüge, Fahnen-schwinger oder Jagdhornbläser eingesetzt.

Für den Rahmen eines Bundeslandes ist dies passend, auf Bundesebene nur eingeschränkt. Würde man jede Begrüßung eines Staatsgastes in eigener Form gestalten, so wäre leicht die Bedeutung und das Ansehen eines Gastes an diesem Zeremoniell ablesbar. Gerade dieses soll aber ausgeschlossen werden. Jeder gleichrangige ausländische Gast soll auch gleich behandelt werden. Mit standardisierten zeremoniellen Handlungen will man deshalb nach Möglichkeit unliebsame Interpretationen beim Empfang und der Behandlung eines Gastes ausschließen und Empfindlichkeiten vermeiden.

* Dr. Albrecht Rittmann ist Chef des Protokolls der Landesregierung von Baden-Württemberg.

che Zeremoniell abschaffen?

Ja – Weg mit dem „Zopf aus alten Zeiten“!

Von Sonja Flitner*

September 1985 in Moskau, Wachablösung auf dem Roten Platz: Mit dem Schlag der vollen Stunde tauchen aus dem Kreml vier Soldaten auf. Im Stechschritt legen sie die 100 m bis zur Wache zurück. Dort: Halt – rechtsum – links – Gewehr präsentiert – begrüßt – vor – zurück – ab im Stechschritt. Und unbeweglich stehen da nun zwei Andere, zwei genau Gleiche, für die nächste Stunde. Das Ganze eine Art Ballet. Da dies zu Ehren Lenins geschieht, kann es sich nicht um eine Karikatur des Soldatischen handeln. Hier soll der Soldat in seiner besten Form präsent sein. So wäre also das Idealbild des perfekten Soldaten eine Marionette?

Das Zeremoniell – nicht nur das militärische – erhöht die Feierlichkeit, unterstreicht die Bedeutsamkeit einer Handlung und kennzeichnet zugleich die Gedanken- und Wertewelt derer, die sie vollziehen. Das Zeremoniell des Einzugs einer Hochzeitsgesellschaft oder der Konfirmanden in die Kirche ebenso, wie das Zeremoniell der Farben tragenden Korporationen, Eisenach 1993, die das Florett präsentieren und „Deutschland, Deutschland über alles“ singen.

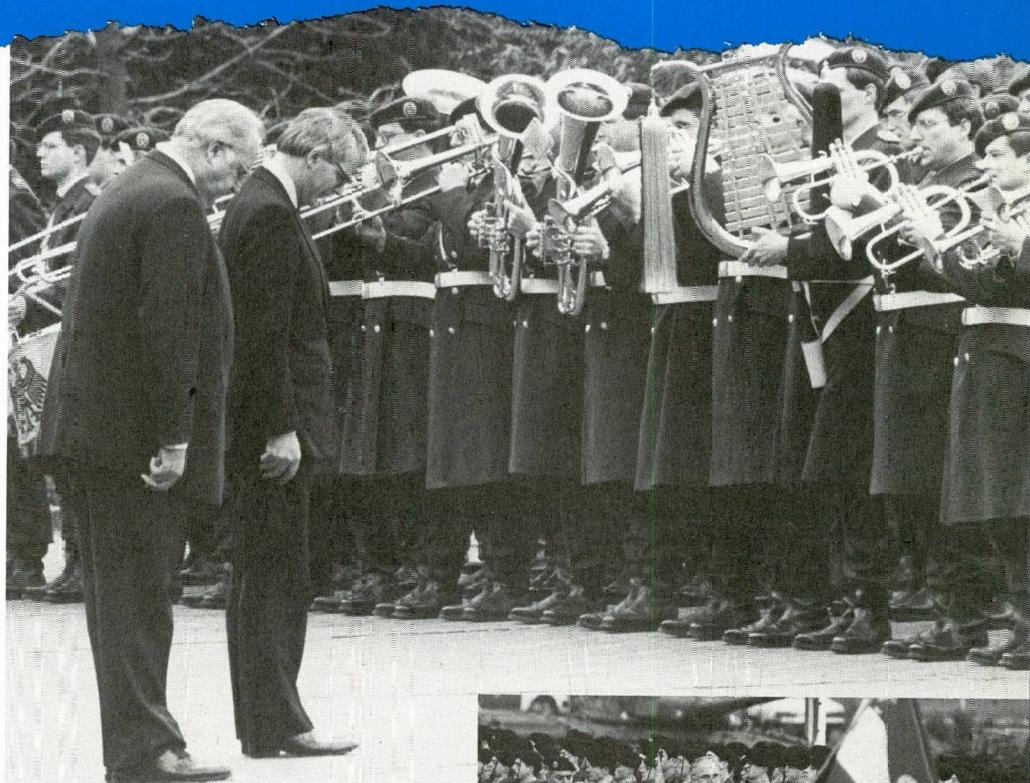
Alte Traditionen

Überall knüpft das Zeremoniell an alte Tradition, an überkommene Formen an. Aber haben die zwei Bürgerpräsidenten demokratischer Staaten, Richard von Weizsäcker und Vaclav Havel, wirklich den Staat, der zwar immer noch männerbestimmt und rüstungsabhängig, aber doch kein Militärstaat ist, ausgerechnet von seiner militärischen Seite her darstellen und ins Bewußtsein heben wollen? Ist es nicht das selbe Zeremoniell, durch das sich das waffenklirrende Kaiserreich, der aggressive Hitlerstaat, ebenso wie die Sowjetunion als Militärmächte in Szene gesetzt haben?

Das Zeremoniell will die Werte und den Geist, aus denen es lebt, weiter tradieren. Es ist die festliche Verpackung für den stets gleichbleibenden Inhalt: Militärwelt. Diese erscheint im Schmuck sonntäglicher Uniform, begleitet von rassistischer Musik. Sie soll sich als freundlich (kein Blut), harmlos (keine Toten) und beruhigend (erstklassige Ausbildung und Ausstattung) dem öffentlichen Bewußtsein einprägen. Männlichkeit, Disziplin und Nationalstolz dürfen mitschwingen.

„Es fehlt kreative, zivile Phantasie“

Wir wissen, Veränderungen vollziehen sich langsam. Auch unsere angestrebte Bewegung hin zu einer zivilen Bürgergesellschaft, die das Denken in „Kategorien des Kampfes“ und das Prinzip von Ordnung durch Gewalt“ zu überwinden sucht, kommt nur langsam vorwärts. Zwar



Militärische Ehren für John Major...

wächst vielerorts die Einsicht, daß auch eine friedliche, nur die Grenzen sichernde Truppe inhaltlich den Frieden noch so wenig fördert, wie ein Latenzaun schon den Garten bestellt; daß wir nicht die herkömmliche militärische Schulung der Abwehr des Anderen brauchen, sondern neue Fähigkeiten, sein Leben in unser Handeln einzubeziehen und mit zu fördern. Diese neue Botschaft zu vermitteln, dazu taugt aber das militärische Zeremoniell nicht, jener Zopf aus alten Zeiten, in denen Aufmärsche noch der Pracht- und Machtenfaltung des Herrschers dienten.

Vielleicht ist die heutige Bundeswehr ja moderner als das Zeremoniell. Aber auch ihr Auftrag bleibt Gewaltandrohung. Darüber will womöglich das Begrüßungszeremoniell hinwegtäuschen. Das Bundespräsidialamt formuliert dies so: „Durch das Antreten einer Abordnung (der Streitkräfte) und die dabei gezeigte Bereitschaft, sich durch den Gast 'inspizieren' zu lassen, werden symbolhaft freundliche Absichten und Vertrauen signalisiert“. Was mag diese freundliche Absicht inhaltlich sein? Etwa: wir könnten auch unter deinem Befehl, an deiner Seite kämpfen, gegen einen Dritten? Oder haben Streitkräfte noch freundlichere Absichten?

Für viele Bürger hat das militärische Zeremoniell etwas mit Einengung des Gesichtsfeldes zu tun und mit dem Verlust an kreativer, ziviler Phantasie. Deshalb verurteilen sie öffentliche Veranstaltungen, die suggerieren könnten, die Streitkräfte seien heute noch der Lebensnerv des demokratischen Staates.

* Sonja Flitner ist Mitarbeiterin im „Ökumenischen Arbeitskreis Tübinger Friedensstag“.



... Francois Mitterrand ...



... Erich Honecker ...



... Volker Rühe ...

Geld-Kürzungen im Zivildienst

Von Reinhard Becker

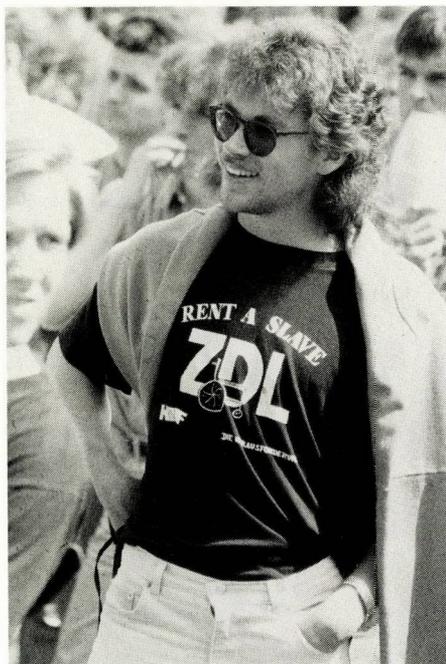
Das Gesetz zur Umsetzung des föderalen Konsolidierungsprogramms und das Haushaltssicherungsgesetz bringen den Zivildienstleistenden und den Beschäftigungsstellen nicht die reine Freude ins Haus. Die ZDL erhalten weniger Geld und die Dienststellen werden mit neuen Kosten belastet.

Wo verlieren die ZDL Geld?

1. Ab dem 30.6.93 wurde das Entlassungsgeld von 2 500,- DM auf 1 800,- DM reduziert, 700,- DM weniger.
2. Beim Verpflegungsgeld wurde der doppelte Richtsatz für Zivis mit Gemeinschaftsverpflegung in folgenden Situationen auf die Hälfte reduziert, also von 11,70,- DM auf 5,85,- DM je Tag: Sonderurlaub mit Geld und Sachbezügen; Sonderurlaub für Rüstzeiten; Dienstbefreiung; Reisen auf Anordnung des BAZ bzw. der Dienststelle; Krankheit bei genehmigtem Aufenthalt zu Hause. (Sonderinfo des BAZ Nr. 4/93).

Wo verlieren die Beschäftigungsstellen Geld?

1. Die Arbeitsbereiche Umweltschutz und MSHD werden nicht mehr gefördert. Das geschieht stufenweise ab dem 30.6.93 in den alten, ab 1.1.94 in den neuen Bundesländern.
2. Das „Gesetz zur Stärkung des Wachstums, zur Sicherung des Standortes Deutschland und zur Konsolidierung der Staatsfinanzen“, auch Haushaltssicherungsgesetz genannt, sieht vor, daß die Beschäftigungsstellen für den ZD ab 1.4.94 aus eigenen Mitteln zur Finanzierung des ZD beitragen müssen. Sie sollen für den Nutzen, den sie aus der Beschäftigung von ZDL haben, etwas zahlen. (Änderung des § 6 Zivildienstgesetz). Eine Rechtsverordnung wird



Manche Zivis fühlen sich wie Sklaven

die Höhe des Beitrages festlegen und auch bestimmen, welche Beschäftigungsstellen das sein werden. So z. B.: Krankenhäuser, Altenheimen, Rettungsdienste, Behindertenheime, Dialyseeinrichtungen, Sonderschulen, Sozialstationen, Kinderheime, Jugendheime, Kirchengemeinden, Nichtsehaftenhilfe u. a. m.

Politiker reden bei diesen Aktionen von „Kostenüberwälzung“. Das soll die Kostenlawine bremsen. Dabei setzten sie allerdings neue und unliebsame Lawinen in Gang: Vom Bund über den Zivi auf Eltern oder Freundin beim gekürzten Essensgeld. Vom Bund über den Zivi auf Arbeitsamt oder Kommune beim gekürzten Entlassungsgeld. Von der Beschäftigungsstelle auf den Klienten, die Versicherungen und Kommunen, letztlich den Versicherungsnehmer und den Steuerzahler bei der Kostenbelastung der Beschäftigungsstellen. Eine neue Kostenlawine kommt in Gang. Spätestens hier trifft die Redensart zu, daß etwas vom Läppchen ins Tüchlein gewickelt wird.



Transparent, gesehen bei einer Zivi-Demo

Fotos: W. Schulz

wub-Kommentar

Das doppelte Opfer

Das sogenannte „Föderale Konsolidierungsprogramm“ ging auch an den ZDL nicht spurlos vorüber. Sie haben sie schon zu spüren bekommen, die bitteren Folgen dieses Solidarpakts. Man hat sie gepackt bei der Verpflegung sowie beim Übergang vom Zivildienst in das Privatleben und ihnen mit der Peitsche des Gesetzes demonstriert, wie Demokraten solidarisch werden. Während eine Kommission des Bundestages darüber nachdenkt, wie die Abgeordneten besser versorgt werden können (vgl. Spiegel Nr. 24/93, S.91), werden Zivis auf Diät gesetzt. Welch eine Lektion!

Denn ab dem 30.6.93 sind Zivildienstleistende ärmer geworden. Viele können sich dabei mit ihren Klienten solidarisch fühlen, denen das gleiche widerfährt wie ihnen selber: den Sozialhilfempfängern, Arbeitslosen, Aussiedlern, Umschülern und Vorrustständlern. Dazu sollen die Beschäftigungsstellen ihr Scherflein beitragen und zusammen mit den Zivis im Jahre 1993 dem Bund 190 Mio. DM bescheren. In den nächsten Jahren sollen es dann 380 Mio. DM und wenn möglich noch mehr werden. Angesichts der Finanznot der sozialen Institutionen und der schon mehr als kümmerlichen Bezahlung der ZDL erinnert das ganze doch fatal an die Geschichte von dem Mann, der seinem Esel das Fressen abgewöhnen wollte, und als sich endlich der Erfolg einstellte, feststellen mußte, daß das dumme Tier tot war.

Wäre es eigentlich wirklich so fatal, wenn es den Zivildienst nicht mehr gäbe? Was könnte der Bund dadurch nicht alles sparen.

Warum liegt dem Bund nicht daran, endlich die Gleichbehandlung von Soldaten und ZDL nicht nur beim Kürzen der Bezüge, sondern auch bei der Dauer des Dienstes zu verwirklichen: 12 anstatt 15 Monate Dienstzeit. Das bedeutete 1/2 Milliarde DM Einsparung für den Bund. Und warum wird nicht endlich das völlig überflüssige Prüfungssystem für Kriegsdienstverweigerer bei den Wehrbehörden abgeschafft, was mit Sicherheit einige Millionen in die Staatskasse brächte.

Zwar gibt es keinerlei Anlaß, sich den Kopf für die Regierung zu zerbrechen. Aber es macht doch ärgerlich, zusehen zu müssen, wie und wo Schwerpunkte für die sicher notwendigen Sparaktionen gesetzt werden. Statt bei den eigenen Ausgaben, wie den jährlich 400 Millionen DM für die Anschaffung von Dienstwagen anzufangen, den Steuerhinterziehern ernsthaft an den Geldbeutel zu gehen und endlich die vielen Milliarden Subventionen – wie z. B. die 1 Milliarde DM Diesel-Ölbeihilfe für Landwirte – zu kürzen, wird bei den sozial Schwachen kassiert. So müssen die Opfer der Gesellschaft selber Opfer bringen. Der Sozialstaat hat Schlagseite. Zivildienstleistende aber bringen nun ein doppeltes Opfer: Nicht nur die 15 Monate ihres Lebens für unsere Gesellschaft, sondern dazu jetzt noch ein ganz und gar unnötiges finanzielles Opfer.

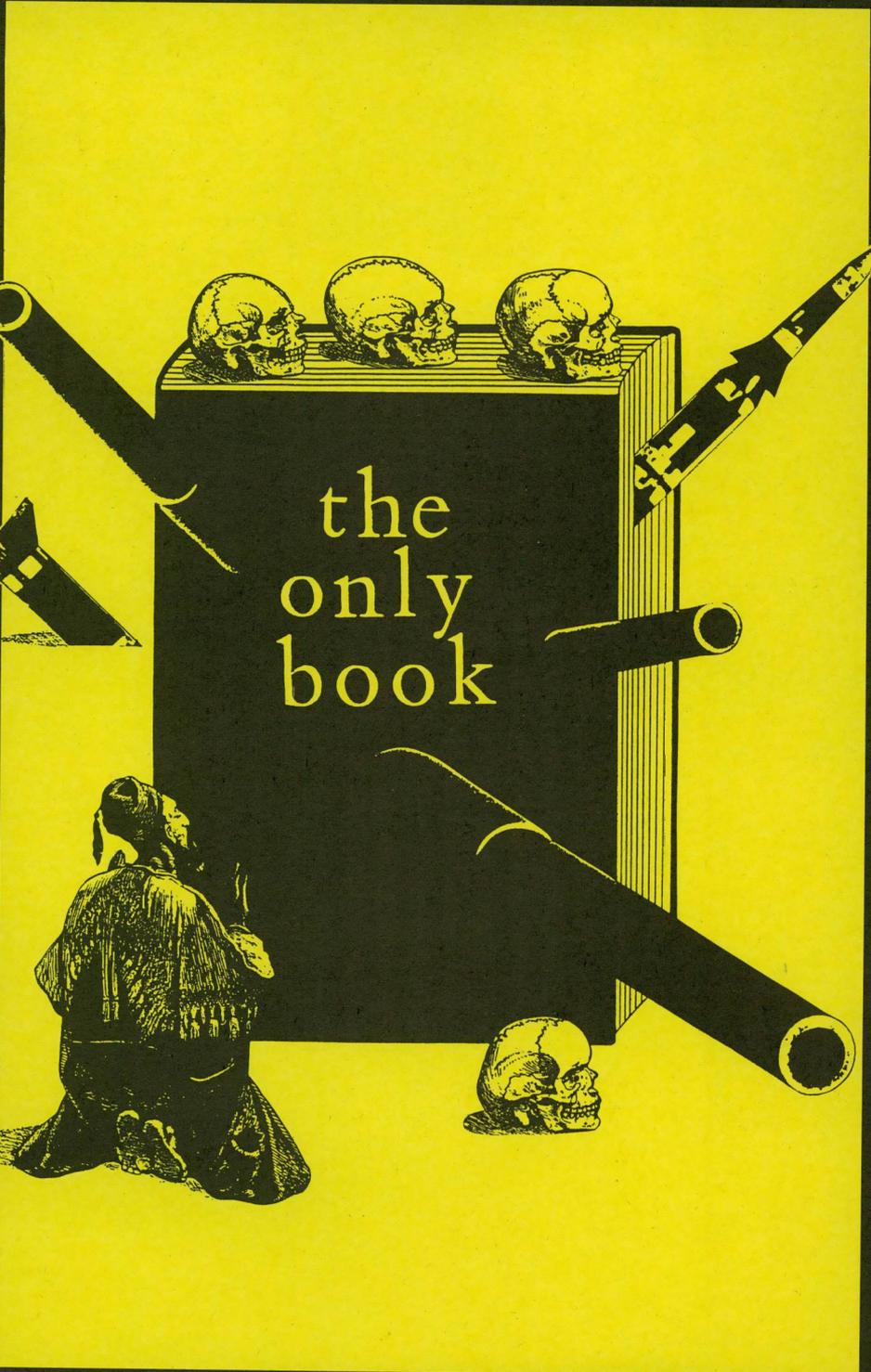
Reinhard Becker

Tips:

- Wenn finanzielle Schwierigkeiten bei der Entlassung aus dem ZD zu erwarten sind: sofort nach der Entlassung arbeitslos melden.
- Wenn wegen der andauernden allgemeinen Teuerung und der Geldkürzung im ZD finanzielle Engpässe auftreten: eine Nebentätigkeit suchen (Leitf. f. d. ZD Abt. B 6).

THEMA

FUNDAMENTALISMUS



the
only
book

Die „Fundamentalisten“ haben Konjunktur. Sie regieren (als schiitische Fundamentalisten) im Iran und massakrieren (als fundamentalistische Sikhs) in Nordindien; sie kämpfen in Algerien an der (fundamentalistischen) „Heilsfront“ und terrorisieren im Nahen Osten mit der (ebenfalls fundamentalistischen) „ Hamas-Bewegung“; sie verbieten (als religiöse Fundamentalisten) den Frauen im Abendland die Abtreibung und im Morgenland alles; sie sitzen hierzulande mit der Bibel in „Stunden“, mit Tarot-Karten in „New-Age-Zirkeln“, mit makrobiotischen Kochbüchern bei den Grünen oder mit Hitlers „Mein Kampf“ bei den Glatzen. . . „Der Nationalismus ist die europäische Variante des Fundamentalismus“, meinte kürzlich Joschka Fischer, und langsam kriegt man richtig Angst: Der Fundamentalismus – das Böse – ist immer und überall! „Dieser Begriffsinflation muß man entgegentreten. Es genügt, Intoleranz als intolerant und Militanz als militant zu bezeichnen. Es scheint auch nicht viel gewonnen, wenn man alles fundamentalistisch nennt, was man früher als ideologisch bezeichnet hätte“, klagt Hans-Jörg Hemminger in seinem (wärmstens empfohlenen) Buch über den Fundamentalismus (s. S. 20). Am wichtigsten ist den Deutschen gegenwärtig der islamische Fundamentalismus. 47 % aller Bundesbürger sehen in ihm, einer RAND-Studie zufolge, die „kritische Bedrohung“ für die 90er Jahre.

Zeichnet sich hier – rechtzeitig nach Auflösung des Kalten Krieges – ein neues Feindbild für die alten Militärstrategen ab? Oder trifft uns „Modernisten“ tatsächlich bald alle die Todesdrohung der Ajatollahs? Heute Salman Rushdie, morgen die ganze westliche Welt?

Fest steht, daß sich unser Interesse an der „Herausforderung Islam“ im Augenblick fast ausschließlich auf die Gegensätze konzentriert, auf die „fundamentalen Unterschiede“. Dabei gäbe es – gerade auf religiöser und ethischer Ebene! – Gemeinsamkeiten genug, auf denen sich miteinander konstruktiv und zukunftsorientiert bauen ließe (s. a. S. 19). Nur: Das klappt nicht ohne Toleranz und Gleichberechtigung. Noch beurteilen im Westen allzu viele die Entwicklungen im Morgenland „von oben herab“, wie die Besserwissis für den Nahen und Mittleren Osten. Ihnen allen möchte man mit den Worten des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt in Erinnerung rufen: „Das christliche Bekenntnis und die ganze westliche Kultur haben Westeuropa, Osteuropa, Nordamerika nicht gehindert, sich in diesem Jahrhundert zweimal in grausamen Kriegen zu engagieren und sich, durchaus auch fundamentalistisch, gegenseitig als Todfeinde zu bekämpfen.“ W.Sch.

Von Dr. Peter Zimmerling

Ein junger Theologiestudent fragt im theologischen Seminar an der Universität nach der biblischen Begründung für eine gerade gemachte theologische Aussage. Verblüffend für ihn, wie in der Pause eine Reihe seiner Mits Studenten reagiert: „Bist du auch einer von denen?“ „Ich wußte gar nicht, daß du zu den Fundamentalisten gehörst!“ „Seit wann bist du denn ein Evangelikaler?“

Ein anderes Beispiel: Im Predigerseminar einer evangelischen Landeskirche findet eine heiße Diskussion statt. Es geht um das Wesen eines kirchlichen Kindergartens. Eine Anzahl von Vikaren und Vikarinnen hat sich dahingehend geäußert, daß es keinerlei Unterschiede mache, ob ein Kindergarten im hinduistischen Indien oder im Kontext einer landeskirchlichen Gemeinde betrieben werde. Darauf meldet sich eine Vikarin und fragt: „Es würde mich interessieren, ob es nicht doch ein Proprium für einen Kindergarten in kirchlicher Trägerschaft gibt.“ Heftige Proteste, Vorwürfe, intolerant zu sein, bestimmen die Reaktion der meisten anderen Vikare und Vikarinnen. Es fällt der Fragerin nicht leicht, ihren Standpunkt für die anderen nachvollziehbar darzustellen. Zu sehr ist die Diskussion von gegenseitigen Vorurteilen belastet, da die Vikarin sich schon früher als Pietistin zu erkennen gegeben hat.

Beide Geschichten zeigen, daß unser Thema im deutschen Protestantismus für Zündstoff sorgt. Sie zeigen aber auch, daß alle drei Begriffe – Fundamentalismus, Pietismus und Evangelikalismus – als Etiketten verwendet werden, die für das Verständnis der dahinterstehenden Positionen eher hinderlich sind. Darum ist es sinnvoll, sich zunächst per Definition diesen protestantischen Phänomenen anzunähern.

Definitionsprobleme

Der Ursprung des Fundamentalismus liegt im Amerika des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Im Kampf gegen den theologischen Liberalismus schlossen sich Mitglieder verschiedener evangelischer Kirchen zusammen, um lebenswichtige Bestandteile des Glaubens zu schützen. Fünf Programmpunkte, sogenannte *fundamentals*, wurden für sie in der Folgezeit bestimmend: die Irrtumslosigkeit der Bibel, die Gottheit Jesu Christi und die Jungfrauengeburt, sein stellvertretendes Sühnopfer, die leibliche Auferstehung und die persönliche Wiederkunft Christi. Im Verlaufe seiner Geschichte hat sich der Begriff des Fundamentalismus jedoch außerordentlich gewandelt und ausgeweitet. Heute wird mit ihm eine bestimmte Art des Zusammenfallens von Religion und Politik bezeichnet, häufig sogar des Zusammenfallens von Weltanschauung und Politik im allgemeinen. (Hansjörg Hemminger). Der Begriff spricht nicht mehr automatisch von religiösen Inhalten. Die Ziele des ursprünglichen Fundamentalismus sind von der evangelikalen Bewegung, wie sie sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges weltweit formiert hat, übernommen worden. Dabei ist jedoch nicht jeder Evangelikale gleichzeitig ein Fundamentalist. Politisch gibt es z. B. weiter linksstehende Vertreter der evangelikalen Bewegung. (Das gilt sowohl für Amerika – z. B. für Ronald Sider und Jim Wallis – wie für Deutschland – z. B. für Ulrich Parzany.) Die evangelische Bewegung der Gegenwart hat ihre Wurzeln außer im ursprünglichen amerikanischen Fundamentalismus vor allem im Pietismus des 18. Jahrhunderts und der Erweckungs-

Fundamentalisten, Pietisten, Evangelikale – Chance oder Gefahr für den deutschen Protestantismus?

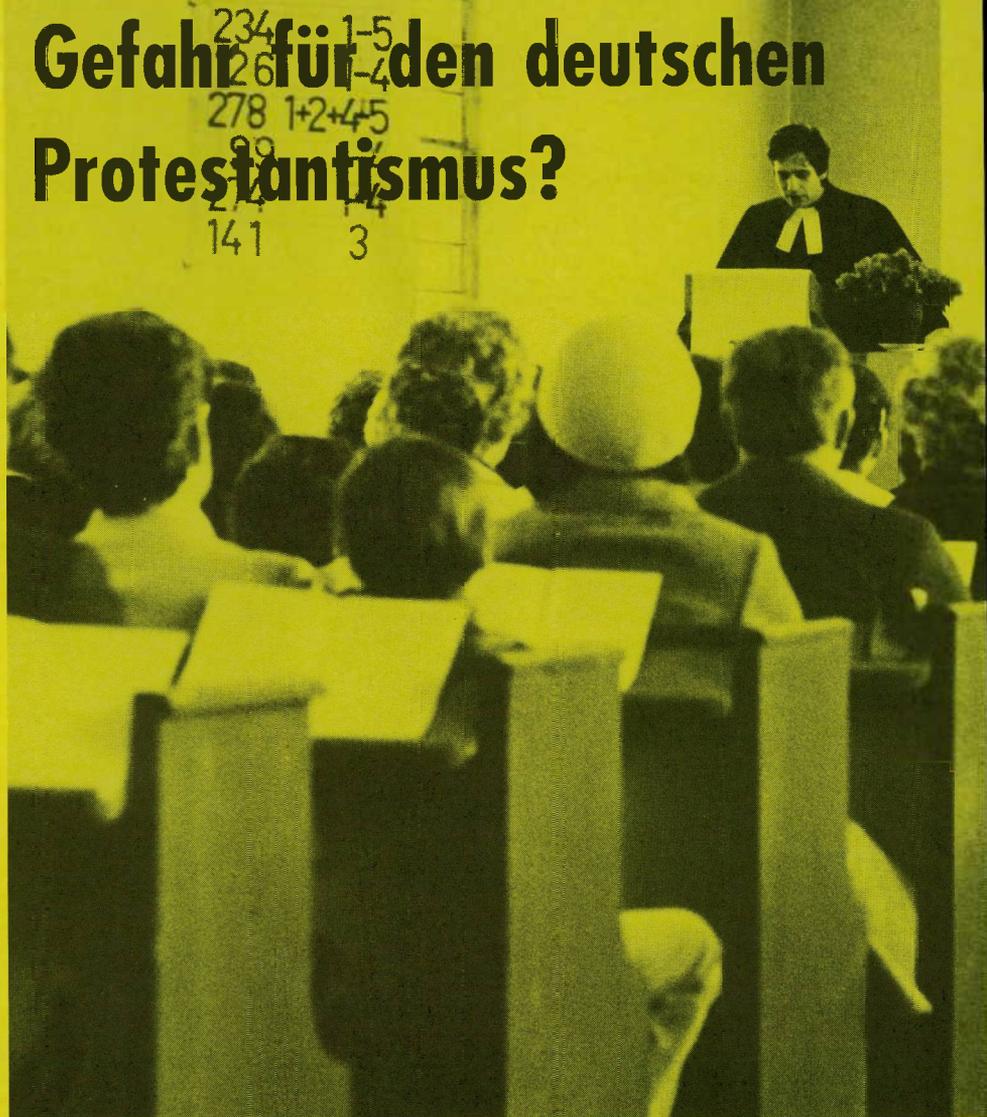


Foto: dpa

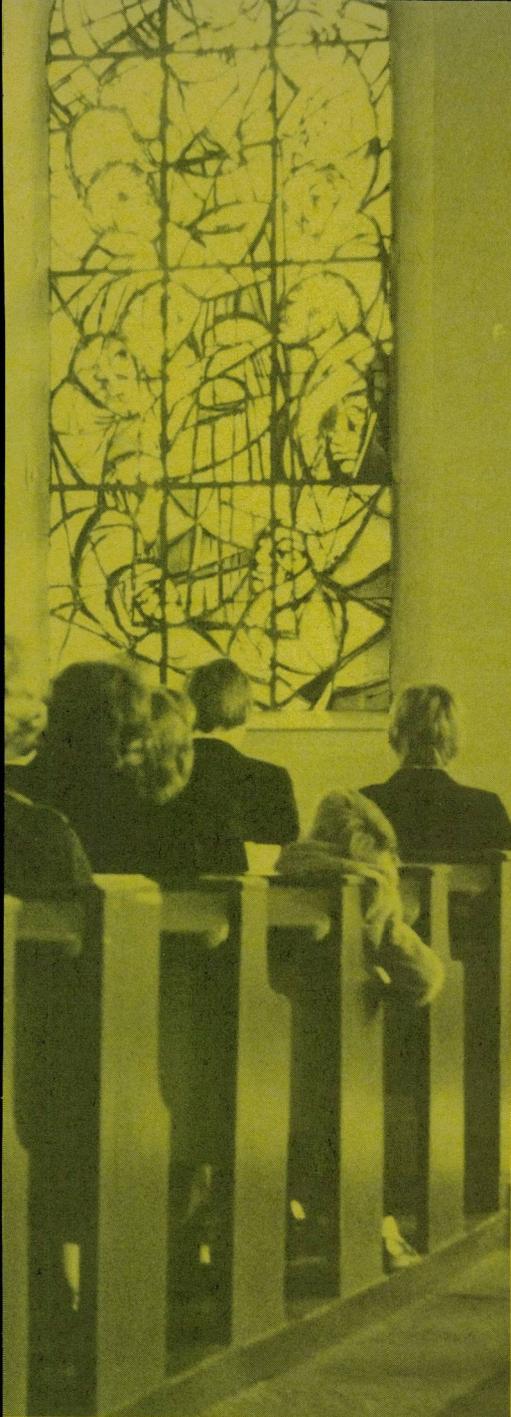
bewegung des 19. Jahrhunderts. Dadurch ist sie verbunden mit den reformatorischen Aufbrüchen des 16. Jahrhunderts. Letztlich rührt von hierher ihre Betonung der Bibel und des persönlichen Glaubens an Jesus Christus. Als letzte gesamtprotestantische Erneuerungsbewegung hat der Pietismus erstmals ökumenische Weite und sozial-ethisches Engagement für den Protestantismus gebracht. Eine Reihe von prominenten Vertretern der deutschen evangelikalen Bewegung würden sich in diesem Sinne selbst eher als Pietisten bezeichnen.

Gemeinsamkeiten

Unbestreitbar gibt es zwischen Fundamentalisten, Evangelikalen und Pietisten große Gemeinsamkeiten. Neben der bereits erwähnten grundlegenden Bedeutung der Schrift und der persönlichen Beziehung zu Jesus Christus spielt die Gemeinschaft, die Verbundenheit aller wiedergeborenen Christen untereinander, eine bedeutende Rolle. Der Pflege dieser Gemeinschaft dient das reiche Angebot von Glaubens- und Verkündigungstagen, von Freizeiten, von Glaubensseminaren und von Gemein-

schaftsstunden, zu denen man sich zusätzlich zu den normalen Sonntagsgottesdiensten versammelt. Diese sogenannten „Stunden“ gehen auf die „Konventikel“, die ersten Bibelsprechstunden des Barock-Pietismus, zurück. Aus dieser Zeit stammt auch das Engagement für die Weltmission, d. h. die Verkündung des Evangeliums unter nichtchristlichen Völkern. In der Gegenwart ist dazu die Erkenntnis von der Dringlichkeit der Evangelisation der europäischen und nordamerikanischen säkularen Gesellschaft getreten.

Gemeinsam ist allen drei Gruppen auch bis heute der Kampf gegen liberale theologische Strömungen. Hier spielt vor allem die Auseinandersetzung mit der seit der Aufklärung in der protestantischen Theologie vorherrschenden historisch-kritischen Denkweise eine entscheidende Rolle. Seit den Studentenunruhen ist in Deutschland der Kampf für eine Gesetzgebung, die sich an den Zehn Geboten orientiert, hinzutreten.



„Man hat vergessen, daß Kirche ihr Existenzrecht aus dem Für-andere-Dasein gewinnt“.

Foto: L. Spinn-Conradt



„Die Bibel hat auch im 20. Jahrhundert Zukunft“

Foto: dpa

Unterschiede

In der Begründung der Schriftautorität gibt es allerdings durchaus kontroverse Standpunkte. Versuchen fundamentalistisch orientierte Christen die Glaubwürdigkeit der Schrift aufgrund ihrer auch rational beweisbaren Irrtumslosigkeit darzulegen, gehen mehr pietistisch ausgerichtete Ausleger vom inneren Zeugnis des Heiligen Geistes aus. Die Schrift erweist sich erst im Glaubens- und Lebensvollzug als Gottes Wort. In diesen Zusammenhang gehört auch der vor allem von Fundamentalisten vertretene Kreationismus. Nach dieser Lehre läßt sich naturwissenschaftlich belegen, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen hat. Die wörtlich verstandenen Aussagen des biblischen Schöpfungsberichtes geben zudem Hinweise auf die Art und Weise seines Schaffens.

Vor allem in sozial-ethischen Fragen und den damit verbundenen politischen Optionen läßt sich eine Bandbreite verschiedener Meinungen in allen Gruppierungen feststellen. Es gibt inzwischen neben der Ablehnung jeglicher Arbeit an einer Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen auch den Versuch,

persönlichen Glauben mit einem weiten Blick für die Nöte der Welt zu verbinden.

Chancen

In einer Welt, die durch alle Leeren und Nüchternheiten sinken muß und für die Wunder des Himmels kein Fassungsvermögen mehr hat (Josef Wittig), horcht man auf, wenn die christliche Überzeugung mit dieser Glut vertreten wird. Menschen, die der verzehrenden Kraft des Nihilismus begegnet sind, könnten hier neuen Lebensmut gewinnen. Die Bibel hat auch im 20. Jahrhundert, als Lebensbuch gelesen, Zukunft. Nachfolge im Alltag zu leben, Mühe und Kosten eines Lebens nach dem Willen Gottes nicht zu scheuen, könnte zum Kontrastprogramm für eine satte Konsumgesellschaft werden. Missionarisches Engagement könnte Menschen aus einer Haltung der Gleichgültigkeit gegenüber allem und jedem herausheilen.

Gefahren

Allerdings dürfen auch die Gefahren aller drei Gruppierungen nicht verschwiegen werden:

Ein Christentum, das für alles sofort die richtige Antwort bereit hat, die zudem nicht hinterfragt werden darf, gerät unter Ideologieverdacht. Die weithin zu beobachtende Kommunikationsunfähigkeit von Menschen, die zu diesen Gruppierungen gehören, entspringt ihrem Zug zur Intoleranz: Weil man glaubt, die ganze Wahrheit zu besitzen, ist man nicht bereit, Wahrheitsmomente in der Meinung des Gegners anzuerkennen. Die Fixierung auf den Gegner läßt zudem in der Reaktion verharren: Man weiß eher, wogegen man ist, als wofür man sich positiv einsetzen möchte. Dies alles leistet einer Gettoisierung solcher Gruppen Vorschub. Man hat vergessen, daß Kirche ihr Existenzrecht aus dem Für-andere-Dasein gewinnt. Anstelle des Wagnisses einer christlichen Existenz im Offenen (Paul Schütz) ist die trügerische Sicherheit einer unbezweifelbaren und unerschütterlichen Glaubenswahrheit getreten. Christsein ist jedoch ein Weg, ein Werden, kein Sein, wie Luther richtig erkannt hat.

Peter Zimmerling, Dr. theol., ist Pfarrer der „Offensive Junger Christen“ in Reichelsheim und einer der Autoren des Bandes „Fundamentalismus in der verweltlichten Kultur“, s. S. 20.

Islamischer Fundamentalismus – Neues Feindbild der NATO-Militärpolitiker?

Von Istar Buscher

„Der Islam ist der neue Kommunismus“ (1) – so lautet verkürzt die publizistische Botschaft einiger Sicherheits-Politiker und selbsternannter „Nahost-Experten“.

Der islamische „Fundamentalismus“, so ihre einhellige Meinung, bedrohe die Sicherheit des „Westens“, mithin der „freien Welt“ (2). Ganz so wie einst der Kommunismus strebe der „orthodoxe Islam“ nach der „Weltherrschaft“ (3) und stelle damit das gesamte Wertesystem der „westlichen Zivilisation“ (4) in Frage (5).

Die NATO, glauben wiederum viele ihrer Kritiker, versuche durch gezielte Propagierung einer meist als „diffus“ bezeichneten Bedrohung durch die „Chaosmacht“ orientalischer Staaten, ihre „unberechenbaren Despoten“ oder den Migrationsdruck durch „fundamentalistische Menschenmassen“ eine neue Legitimation zu geben (6).

Spätestens seit dem zweiten Golfkrieg scheint es tatsächlich so, als ob es entlang der europäischen Südgrenze (beschrieben als „islamischer Krisenbogen“) zu einer neuen, bipolaren Auseinandersetzung kommen könnte.

Doch – stimmt dieses Bild eines neuen „kalten Krieges“? Besteht wirklich die Gefahr einer neuen Blockkonfrontation, verbunden mit gegenseitiger Hochrüstung und innenpolitischer Verfolgung Andersgläubiger?

Bei genauer Betrachtung sind die Fronten keineswegs so klar und starr, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen.

Nato-Partner im Mittelmeerraum

Das gilt auch für die Politik der NATO-Staaten, die gerade in bezug auf den arabisch-islamischen Raum nicht so einheitlich daherkommt, wie einige NATO-Strategen es vielleicht gerne hätten. Innerhalb der NATO gibt es, bedingt durch die geographische Lage und wirtschaftliche Interessen, durchaus unterschiedliche Konzepte des Umgangs mit den Ländern dieser Region. Zu den NATO-Staaten, die eine Verständigung mit den Süd-Anrainern des Mittelmeers suchen und auf wirtschaftliche Einbindung derselben setzen, gehört Spanien. Als einziges europäisches Land noch im Besitz afrikanischer Kolonien, pflegt Spanien sogar die militärische Zusammenarbeit mit Tunesien und Marokko. Überdies werden die Spanier (aufgrund der gemeinsamen Geschichte) von vielen Arabern als „Brudervolk“ betrachtet.

Frankreich hingegen verfolgt eher eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“. Es unterhält Militärstützpunkte u. a. im Tschad und in Dschibouti. Seine Unterstützung für den anti-fundamentalistischen Militärputsch in Algerien, dem



Foto: P. Müller

es einst ohnehin nur unter der Bedingung „enger Zusammenarbeit“ die Unabhängigkeit gewährt hatte, ist offensichtlich. Aber: für den Fall einer Machtübernahme durch die fundamentalistische FIS (= Front Islamique du Salut, Islamische Heilsfront) hatte Paris sich von dieser zusichern lassen, daß auch nach einem Regierungswechsel „die Interessen Frankreichs gewahrt“ würden. Ein Staat, der in den letzten Jahren mit Blick auf die südlichen Nachbarn zusätzlich aufgerüstet wurde, ist Italien. Süd-Italien, so eine italienische Journalistin, sei „durchlöchert wie ein Schweizer-Käse“ durch NATO-Militärstützpunkte. Die US-Präsenz im Land wurde durch Truppen-Stationierungen und die Verlegung eines Jagdbomber-Geschwaders verstärkt (die Stationierung der amerikanischen F 16-Kampfflugzeuge war immerhin zuvor von Spanien und Griechenland abgelehnt worden). Trotzdem schlug die Regierung Italiens zusammen mit Spanien 1990 eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ nach dem Vorbild der KSZE vor, zog diesen Vorschlag später jedoch mit Blick auf die US-Politik wieder zurück.

In Griechenland, wo ein neuer amerikanisch-griechischer Stützpunkt-Vertrag nur mit äußerst knapper Mehrheit vom Parlament ratifiziert wurde, sollen die US-Basen auf Kreta deutlich erweitert werden.

Nicht zuletzt wird auch die Türkei, die ohnehin die zahlenmäßig stärkste westeuropäische

Armee unterhält, von den USA und Deutschland noch weiter aufgerüstet (s. Kasten). Aufgrund ihrer geographischen Lage und ihres historisch bedingten Einflusses auf die islamischen GUS-Republiken nimmt die Türkei eine Schlüsselposition in der Strategie der NATO ein.

Die Bundesrepublik Deutschland schließlich, trotz Abrüstung immer noch der europäische „Flugzeugträger“ (7) der USA und Ausgangspunkt vieler US-Aktivitäten im Nahen Osten, verhält sich ebenfalls widersprüchlich, wenn es um die Beziehungen zu arabischen Ländern geht. Die BRD ist durch ihre Export-Abhängigkeit wirtschaftlich auf arabische Kunden angewiesen. Dennoch vernimmt man kaum ein Wort der Kritik aus deutschen Regierungskreisen, wenn die USA gerade mal wieder einen militärischen „Vergeltungsschlag“ gegen ein arabisches Land geführt haben.

So unterschiedlich die Motivationen und Vorgehensweisen einzelner NATO-Partner sein mögen, man sollte sich keinerlei Illusionen über die Konsensfähigkeit der NATO-Partner hingeben. So waren die US-Stützpunkte in Spanien während des zweiten Golfkrieges Ausgangspunkt der amerikanischen Bomberstaffeln. Selbst das seit den sechziger Jahren auf Unabhängigkeit in der Militärpolitik bedachte Frankreich unterstellte seine Truppen dem US-Oberkommando.

In Arabien herrschen die unterschiedlichsten politischen Systeme

Und wie sieht es auf der anderen Seite aus? Eine der NATO vergleichbare militärische Organisation islamischer Staaten gibt es nicht, auch wenn diese jüngst wieder gefordert wurde. Das einzige Land mit einer als „fundamentalistisch“ zu bezeichnenden Regierung ist der Iran. Im neuerdings als fundamentalistisch denunzierten Sudan regieren dagegen vier christliche Minister mit (8).

In Arabien existieren die unterschiedlichsten politischen Systeme: Irak und Syrien werden durch eine säkulare Staatspartei regiert, Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie und Kuwait wird durch einen Familienclan beherrscht. Das weitgehend isolierte Libyen wird de facto von einer Militärjunta regiert; im Jemen hingegen fanden gerade die ersten demokratischen Wahlen in seiner Geschichte statt.

Von einer einheitlichen „Front“, zudem noch „gegen den Westen“, kann also keine Rede sein.

Auch bei den als Vorwand für die Aufrüstung der NATO-Südflanke benutzten islamischen „Fundamentalisten“, die vor allem in Nordafrika an Einfluß gewinnen, handelt es sich um keine homogene Bewegung. Als eher unpolitisch gelten die sog. Pietisten und Traditionalisten, denen nur an einer Aufwertung der religiösen Pflichten gelegen ist. Daneben gibt es Integristen, die nicht nur im religiösen, sondern auch im sozialen und politischen Bereich konservativ argumentieren. Ihnen stehen Fundamentalisten gegenüber, die sich gerade durch Anpassung an die moderne Gesellschaft eine Wieder-

belegung des Islam erhoffen. Nur eine radikale Minderheit innerhalb der Islamisten steht für die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen (9).

Wie fadenscheinig die westliche Propaganda ist, wird darin deutlich, daß ausgerechnet die USA und Israel (mithin die Länder also, die sich als „Garanten gegen den Fundamentalismus“ verstehen) sich in den achtziger Jahren der radikalsten Gruppen unter den Islamisten bedienten, um eine Destabilisierung unliebsamer Regierungen im Nahen Osten zu bewirken (10). Sie schufen sich mit der Finanzierung und Ausrüstung religiöser Splittergruppen wie der palästinensischen Hamas (11) oder den afghanischen Mudjaheddin international handlungsfähige Söldnertruppen (siehe Bosnien (12)), die sich nach dem Ende des „Kalten Krieges“ zwischen Ost und West nun zunehmend dem Einfluß ihrer einstmaligen Gönner entziehen. Interessant ist auch, daß die NATO immer noch ein Land wie Saudi-Arabien hofiert, welches einen Großteil der radikalen Fundamentalistengruppen finanziert (13). Bleibt am Ende also die Frage, ob es sich beim allseits verteufletzten islamischen „Fundamentalismus“ nicht weithin um ein „hausgemachtes“ Problem der NATO handelt? ■

Der Autor ist Dokumentar und Journalist in Wuppertal.

Quellen und Literaturhinweise

- (1) Andreas Böhm: „Der Islam ist der neue Kommunismus“ in: Die Tageszeitung, 27.03.1993.
- (2) So wörtlich Jürgen Liminski: Europas Bedrohung durch den islamischen Radikalismus. In: Das Parlament, Nr. 3/4 (10./17.01.1992).
- (3) Zitate bei Heinz Halm: Die Panikmacher. Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird. In: Süddeutsche Zeitung, 17./17.02.1991.

(4) Michael Wolffsohn: Fundamentalisten auf dem Vormarsch. Warum der Widerstand gegen die westliche Zivilisation wächst. In: Die Zeit, 24.01.1992

(5) Zur strukturellen Übereinstimmung der Feindbilder „Islam“ und „Kommunismus“ vergleiche Jochen Hippler/Andrea Lueg (Hrsg.): Feindbild Islam. Hamburg 1993, S. 164 und 181.

(6) Zitate bei Franz Nuscheler: „Neue Bedrohung aus dem Süden? – Zur Funktion des Feindbildes Dritte Welt. In: Institut für internationale Politik (Hrsg.): Dritte Welt und Islam: Neue Feindbilder nach dem kalten Krieg? Wuppertal 1992, S. 7-13.

(7) Vereinbarung im „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (WHNS) vom 15.04.1982; vgl. Eckart Spoo (Hrsg.): Die Amerikaner in der Bundesrepublik. Besatzungsmacht oder Bündnispartner? Köln 1989, S. 110-117.

(8) Helmut Falkenstörfer: Sudan – Schlagworte und die Wirklichkeit. In: Evangelische Aspekte, Nr. 2/1993, S. 43-44.

(9) Volker Perthes: Die Fiktion des Fundamentalismus. Von der Normalität islamischer Bewegungen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg. (1993), Heft 2, S. 188-200.

(10) Pablo Cargo: Vom Gebrauch der Islamisten. In: Wochenpost, Nr. 38 (10.09.1992); Hippler, a. a. O., S. 157-163; N. N.: Building an Enemy – America, Israel and Arab States created the Islamic militants they now fear. In: Newsweek, 15.02.1993, S. 9-12.

(11) Anne Ponger: Kinder darf man töten, denn aus Kindern werden Soldaten. In: Süddeutsche Zeitung, 11.09.1991.

(12) Karl Gersuny: Veteranen des Afghanistan-Krieges in Bosnien. In: Die Tageszeitung, 10.07.1993.

(13) Hippler, a. a. O., S. 161.

Unentgeltliche Munition . . .

Frage: Abgeordnete Ingrid Köppe (Bündnis 90/Die Grünen)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, hinsichtlich der Munitionsverkäufe aus dem Luftwaffen-Materialdepot Halberstadt (ehemals: Untertage-Anlage der Nationalen Volksarmee) die Empfängerländer nebst den jeweils erhaltenen Verkaufsmengen zu nennen, den Endverbleib der Munition in diesen Ländern zu garantieren sowie insbesondere eine Weiterleitung des Materials nach Restjugoslawien und eine Verwendung gegen türkische Kurden auszuschließen? (. . .)

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Michaela Geiger vom 6. April 1993

Aus dem Materiallager Halberstadt wurde Munition an Finnland verkauft. Griechenland und die Türkei erhielten im Rahmen der auf Empfehlungen des NATO-Rates beschlossenen Golfhilfe unentgeltlich Munition verschiedener Kaliber. Alle Abgaben erfolgten auf der Basis bilateraler Regierungsabkommen mit den jeweiligen Empfängerstaaten. Auf deren Wunsch wurde Vertraulichkeit hinsichtlich des Lieferumfangs vereinbart.

In jedem Einzelfall haben sich die Empfängerstaaten Türkei und Griechenland vertraglich verpflichtet, das Material nur zum Zwecke der Verteidigung gemäß Artikel 6 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 einzusetzen.

Die Türkei hat der Bundesregierung die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen vor kurzem nochmals ausdrücklich versichert. (. . .)

Quelle: Bundestagsdrucksache 12/4735



Anhänger der fundamentalistischen Islamischen Heilsfront in Algier beim Gebet. Anlaß für die Massenversammlung war der Protest gegen den Ausnahmezustand in Algerien. Foto: dpa

„Hier muß man sich bücken“

wub-Interview mit dem Rabbiner Dr. Schimon Stern über Fundamentalismus im Judentum

wub: Herr Dr. Stern, wodurch kennzeichnet sich heute Fundamentalismus im Judentum?

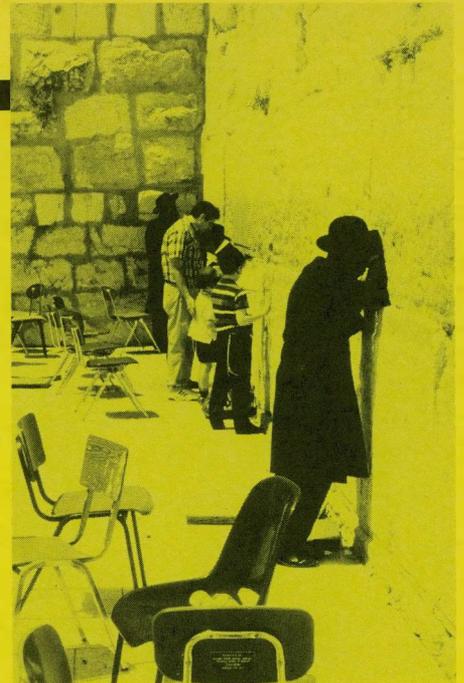
Stern: Es geht vor allem um die Auslegung der Schrift und dabei erstens um die Frage, ob es wichtige und weniger wichtige Gebote gibt. Bei Menschen mit fundamentalistischer Haltung gibt es keine wichtigen und keine unwichtigen Gebote, es ist alles richtig, es muß alles eingehalten werden. Und zwar – und das ist Punkt zwei: Es muß so eingehalten werden, wie es im Buch steht, wortwörtlich. Bei uns sind jetzt zum Beispiel drei Trauerwochen. Die gehen darauf zurück, daß der Tempel in dieser Jahreszeit zerstört wurde. In dieser Zeit rasiert sich der Strenggläubige nicht. Jetzt sage ich: Das Verbot, sich zu rasieren, steht zwar in den Büchern, aber es entstand zu einer Zeit, wo alle einen Bart hatten, und den sollte man nicht ausgerech-

net in diesen drei Wochen stutzen. Aber daß man sich überhaupt nicht rasieren kann, wenn alle heute glattrasiert sind und keinen Bart tragen, das ist nicht gemeint, so erkläre ich das. Aber er sagt: Das steht so geschrieben, das darf ich nicht ändern. Und ich darf das auch nicht anders erklären als so, wie es im Buch steht.

wub: Besteht dabei nicht die Gefahr, daß viele Entwicklungen gehemmt werden, die für die Gesellschaft eigentlich positiv wären?

Stern: Ja, die werden gehemmt durch den Fundamentalismus oder durch den Extremismus. Ich würde das nicht Fundamentalismus nennen im Judentum, sondern eher religiösen Extremismus. Das paßt einfach besser. Denn Fundamentalismus heißt: Zurückgehen ins Ursprüngliche. Aber das ist es bei ihm ja gerade nicht, sondern er fotokopiert alles, was geschrieben steht und will alles halten. Ich möchte Ihnen dazu eine kleine Geschichte erzählen:

Es gibt im Elsaß in einem kleinen Dorf eine Synagoge. Und alle Leute in diesem Dorf wußten: An einem ganz bestimmten Platz in der Synagoge, da muß man sich bücken, und dann geht man weiter. Eines Tages kommt einer aus Freiburg im Breisgau, der sich dort nicht auskennt, und geht hinein in die Synagoge und bückt sich nicht. Sofort wird er zurückgeholt: „Hier muß man sich bücken!“ Okay, der Mann bückt sich und geht weiter. Aber es interessiert ihn, denn er weiß, das gibt's in keiner Synagoge, daß man sich bückt wegen irgendwas, auch beim Hineingehen nicht. Also fragt er dort die Leute – aber keiner weiß etwas. Bis er einem ganz, ganz alten Mann begegnet und der ihm erklärt: „Ja, früher gab's keine Elektrizität. Da hing hier eine Öllampe ganz tief, und wenn man da vorbeigehen wollte, dann mußte man sich bücken, auf diesem Platz, um weiterzugehen.“ Und die Öllampe hängt schon längst nicht mehr, aber die Leute haben die Überlieferung, an der sie sich festhalten: Hier muß man sich bücken!



Die Klagemauer in Jerusalem

Fotos: P. Müller

Das ist natürlich Unsinn. In Überlieferungen gibt es vielen solchen Unsinn, Sachen, die nicht wichtig sind, und die gerade die Fundamentalisten heute als das Wichtigste auffassen. Das ist auch wiederum in jeder Religion so: Man faßt etwas auf, was an sich gar nicht so wichtig war, und macht aus dieser Mücke einen Elefanten. Und mit dem Elefanten geht man dann in einem Glaswarengeschäft spazieren und wundert sich, daß alles in der Umgebung zerbricht. Das ist ungefähr, was ich vom Fundamentalismus denke.

wub: Es sind im islamischen Bereich vor allem die religiösen Fundamentalisten, die die Fronten verhärten. Verschärfen auch die jüdischen Fundamentalisten die Diskussion um einen Frieden zwischen Juden und Arabern?

Stern: Nein. Sie gehören gerade zu den gemäßigten in dieser Beziehung. Sie wollen einfach mit den Arabern keinen Kontakt haben. Sie wollen keinen Kontakt zwischen Juden und Nicht-Juden haben, sowas interessiert sie nicht. Und deswegen kann der Araber dann tun was er will, und ich kann tun was ich will. Jemand aus dieser Richtung möchte vor allem den Frieden haben, so zu leben, wie er will. Und dazu gehört unter anderem dann auch, daß eben kein Krieg in der Umgebung ist, weil ein Krieg ihn stört, ihn behindert, die Sachen zu tun, die ihm wichtig sind. Also gerade in dieser Angelegenheit sind die extremen Juden viel weniger extrem als die nicht-frommen oder die gemäßigt frommen. Die national-religiösen, die sind viel extremer. Das ist nicht so wie beim islamischen Fundamentalismus, es besteht kein Haß gegenüber Nichtgläubigen, sondern es besteht ein Gefühl von Abfälligkeit: Der gehört nicht zu uns, der interessiert uns nicht. Der ist okay, wenn ich ihn als Arzt brauche, oder wenn ich ihn was verkaufe, oder wenn ich bei ihm was kaufe, aber der soll für sich leben. Aber da kommt natürlich auch dazu, daß wir im Judentum nicht versuchen zu missionieren. Also auch der Ultra-Orthodoxe wird nie versuchen, Sie zu überzeugen, daß sein Glaube besser ist, als das, woran Sie heute glauben. Das gibt's bei ihm nicht. Sie sind glücklich in Ihrem Glauben, solange Sie uns in Ruhe lassen, sind Sie vollständig in Ordnung. Wenn Sie uns nicht in Ruhe lassen, dann allerdings gibt's Probleme.

wub: Herr Dr. Stern, herzlichen Dank.

Interview: Werner Schulz

Dr. Schimon Stern ist Rabbiner und Prof. für Geschichte an der Bar Ilan-Universität, Tel Aviv.



„Keine wichtigen und keine unwichtigen Gebote“ – orthodoxe Juden in Jerusalem.

„Gott wird Kriege unmöglich machen“

Jüdische, islamische und christliche Texte zum Frieden

„Der Fundamentalismus ist kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche. Er überspielt häufig Angst. Ihr begegnet man nicht, indem man die Leute schneidet, sondern indem man versucht, mit ihnen zu reden . . .“ (Franz Kamphaus, Bischof von Limburg).

Wo man miteinander redet, da kann man Unterschiede betonen und Gegensätze unterstreichen. Man kann aber auch nach Gemeinsamkeiten suchen – etwa bei der Frage nach den richtigen Wegen zum Frieden in verschiedenen Religionen:

Die Waffe Israels

Die Waffe Israels ist das Gebet; es ist eine von seinen Vätern ererbte Waffe, die es nie verlassen hat. In den größten Gefahren nahmen die Erzväter und Mose zum Gebete ihre Zuflucht; alle Propheten priesen das Gebet als einzige Waffe Israels. – David ging dem mit mächtigen Waffen angetanen Riesen bloß mit dem Namen Gottes bewaffnet entgegen. Die von Esau abstammenden Generationen prahlten gegen Israel mit der von ihrem alten Vater ererbten Kraft und ihrem Schwerte; Israel setzte nur das Gebet von den Vätern erbt entgegen. Jalkut S. 67 b. (1)

Der Mord

Eines Tages erschien ein Mann vor dem Gelehrten Rabba und fragte ihn also: „Herr! Hörst du, in welcher schrecklicher Lage ich mich befinde. Mein Fürst befiehlt mir, einen Feind von ihm zu töten; wenn ich mich weigere, so geht's um mein Leben. Soll ich mich durch die Weigerung einem gewissen Tode aussetzen?“

„Stirb, antwortet streng der Gelehrte, lieber, als daß du ein Mörder wirst. Dein Leben retten? Wie? Bildest du dir denn ein, daß dein Blut röter¹ sei, als das Blut jenes Mannes? Vielleicht ist sein Blut röter.“

Talmud Pesachim S. 25 b. (2)

¹ Das heißt: kostbarer

Bittet für eure Feinde

Einige sittenlose Gesellen waren in der Nachbarschaft Rabbi Meirs, die ihn sehr ärgerten. Rabbi Meir betete wider sie, damit sie sterben sollten. Brurja, seine Frau, sagte zu ihm: Wie kommst Du auf den Gedanken? Etwa weil geschrieben stehe: Es mögen die Sünder verschwinden? Steht denn geschrieben: *Sünder?* – *Sünden* steht geschrieben! Außerdem, verfolge doch den Vers bis zu Ende: Dann wird der Frevler keiner mehr sein. Sobald die Sünden verschwinden – dann wird der Frevler keiner mehr sein. Bete lieber *für* sie, damit sie in Reue umkehren, dann wird der Frevler keiner mehr sein. Da betete er für sie, und sie kehrten in Reue um. Brachot 10 a (3)

Anm. d. Übers.: Der unveränderte Konsonantentext kann mit einer ganz geringfügigen Veränderung der Vokale statt „Sünder“ „Sünden“ gelesen werden.

Die ganze Welt am Leben erhalten

Bei der Schöpfung wurde nur ein einziger Mensch erschaffen, um dich zu lehren: Wenn jemand nur eine einzige Person vernichtet, rechnet es ihm die Heilige Schrift an, als hätte er eine ganze Welt vernichtet, und wenn jemand eine einzige Person am Leben erhält, rechnet es ihm die Heilige Schrift an, als hätte er eine ganze Welt am Leben erhalten. (Nach Mischnah Sanhedrin 4,5) (4)

(1)+(2) aus: Das Buch der jüdischen Weisheit. Parabeln, Legenden und Gedanken aus Talmud und Midrasch. Pourier Verlag, Wiesbaden

(3)+(4) aus: Der babylonische Talmud. Wilhelm Goldmann Verlag, München

Waffen können keine Gerechtigkeit schaffen

Aus einem Interview der Katholischen Nachrichtenagentur KNA vom Jan. 1991 mit Muhammad Salim Abdullah, dem Vertreter des Islamischen Weltkongresses bei den Vereinten Nationen.

KNA: Schon ist angesichts der modernen Waffentechnik, mit der die von den USA angeführten Streitkräfte am Golf aufwarten, die Rede da-



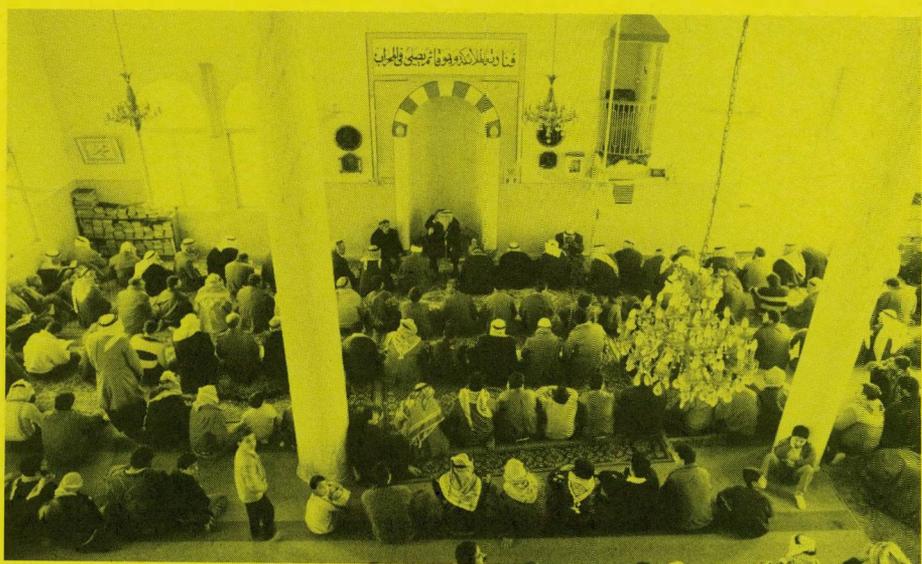
Mohammed – Stifter des Islam

von, daß hier ein riesiges Kulturgefälle deutlich werde, eine Überlegenheit des Westens, die von der muslimischen Welt kaum verkraftet werden könne. Sehen Sie das auch so?

Abdullah: Das mag so scheinen und so sein. Ich lebe jedoch real aus dem Glauben, daß letztlich auch die modernste Waffentechnik nichts nützt, wenn die, die sie bedienen sollen, nicht mehr wollen. Die jüngste Geschichte hat uns dafür einige Beispiele vor Augen geführt, die den Mächtigen dieser Erde zu denken geben sollten. Die westliche Welt läuft Gefahr, daß sie eines Tages von ihrer eigenen Waffentechnik eingeholt wird. Ein Rückzug in die „Wagenburg des Wohlstandes“ wird da nicht viel nützen.

Ich glaube einfach daran, daß Gott eines vielleicht nahen Tages Kriege unmöglich machen wird – nicht durch Abschreckung, sondern durch Ablehnung. Das gilt sowohl für die Diktaturen im Nahen und Mittleren Osten als auch für jene in Afrika und Lateinamerika.

Waffen, egal von wem auch immer geführt, können keine Gerechtigkeit schaffen. Zur Gerechtigkeit gehören Entfeindung und Menschenliebe, Gottesliebe. Nur wenn es uns gelingt, den Haß aus der Welt zu bannen und Mißtrauen durch Vertrauen zu ersetzen, wenn die Reichtümer dieser Welt wirklich allen Men-



Islamische Gläubige beim traditionellen Freitagsgebet

Foto: dpa

schen unterschiedslos offenstehen, nur dann wird wirklich Friede sein.

Christen und Muslime können dazu einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie Gottes Weisung ernst nehmen. Der Koran mahnt die Muslime: „Wenn jemand einen Menschen tötet, so ist es, als habe er die ganze Menschheit getötet. Und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, so ist es, als habe er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.“ Aus dieser Hoffnung lebe ich.“

„Reine Liebe“

„Völlige Nicht-Gewalt ist völlige Abwesenheit von Übelwollen gegen alles was lebt. Nicht-Gewalt ist also in ihrer Anwendung Wohlwollen allem Leben gegenüber. Sie ist reine Liebe. Ich fand sie in den Schriften der Hindu, in der Bibel und im Koran.“

Mahatma Gandhi

„Wer das Schwert nimmt“

„Da traten sie heran und legten Hand an Jesus und ergriffen ihn. Und siehe, einer von denen, die bei Jesus waren, streckte die Hand aus und zog sein Schwert und schlug nach dem Knecht des Hohenpriesters und hieb ihm ein Ohr ab. Da sprach Jesus zu ihm., Stecke dein Schwert an seinen ort! Denn wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen. Oder meinst Du, ich könnte meinen Vater nicht bitten, daß er mir sogleich mehr als zwölf Legionen Engel schicke? Wie würde dann aber die Schrift erfüllt, daß es so geschehen muß?“

Matth. 26, 50-54

„Selig sind...“

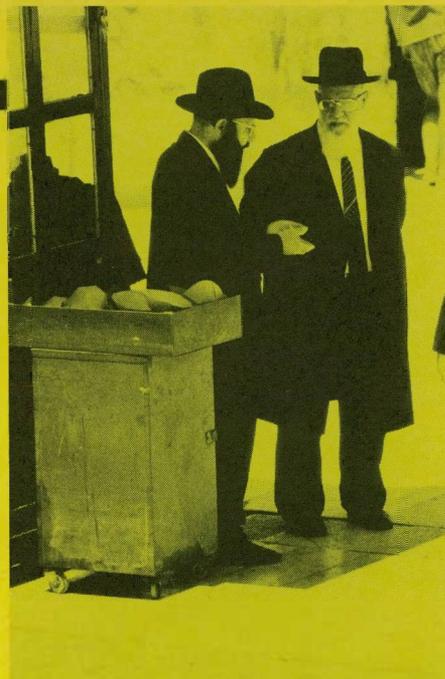
Da er aber das Volk sah, ging er auf einen Berg und setzte sich; und seine Jünger traten zu ihm. Und er tat seinen Mund auf, lehrte sie und sprach: Selig sind, die da geistlich arm sind; denn das Himmelreich ist ihr. Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden. Selig sind die Sanftmütigen; denn sie werden das Erdreich besitzen. Selig sind, die da dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden. Selig sind die Barmherzigen; denn sie werden Barmherzigkeit erlangen. Selig sind, die reines Herzens sind; denn sie werden Gott schauen. Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Gottes Kinder heißen. Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn das Himmelreich ist ihr.

Matth. 5, 1-10

„Der Frieden steht im Mittelpunkt“

Christen und Muslime machen zusammen etwa die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Die Art der Beziehung zwischen diesen beiden Glaubensgemeinschaften ist daher von großer Bedeutung für das Wohl der ganzen Menschheitsfamilie.

Es ist bezeichnend, daß der Friede im Mittelpunkt sowohl des Christentums als auch des Islam steht. Christen nennen Jesus den „Friedensfürsten“. Ihre Gebete um den Frieden Gottes stehen im Mittelpunkt ihrer Spiritualität. Im Islam ist „asalam“ einer der neunundneunzig „schönen Namen“ Gottes. Wenn Muslime sich begegnen, so begrüßen sie sich mit „asalam alaikum“ (Friede sei mit euch). Angesichts der tödlichen

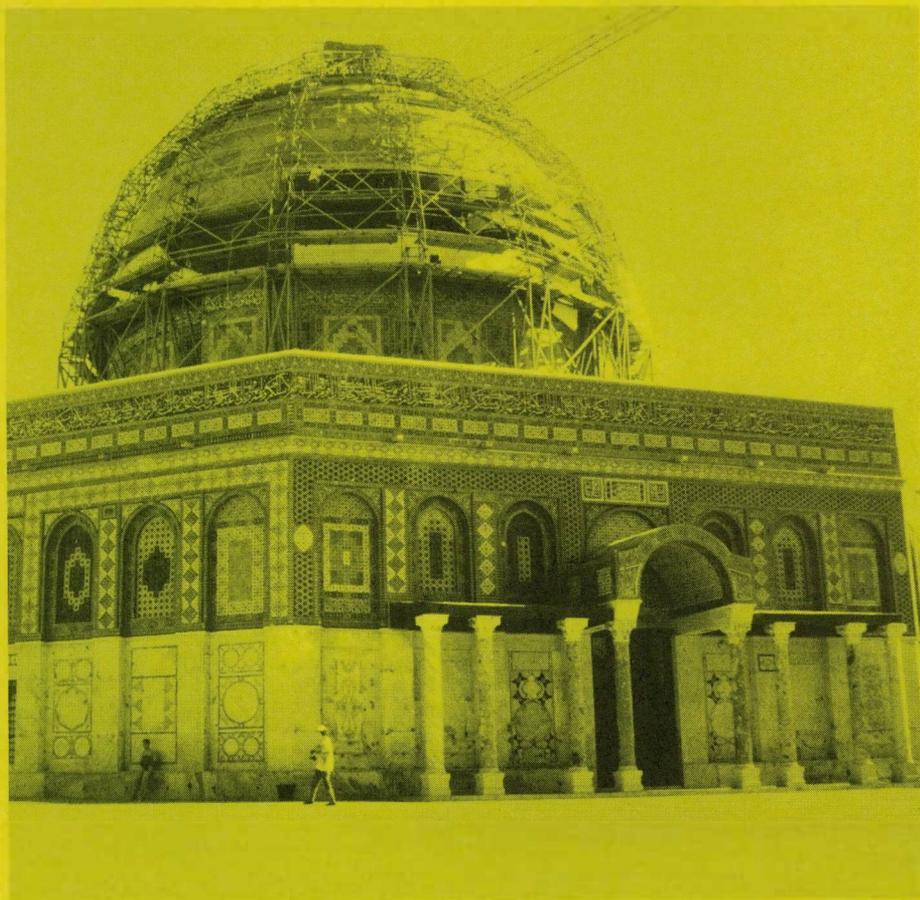


Juden in Jerusalem

Foto: P. Müller

Gefahren, die heute sowohl die Menschen als auch die Erde selbst bedrohen, können diese beiden Glaubensgemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten. Es bieten sich ihnen enorme Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung der Rassen, der Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, der Gewährleistung der Religionsfreiheit, der friedlichen Beilegung von Konflikten, des Engagements für Flüchtlinge und entwurzelte Menschen.

Aus dem Dokument des Ökumenischen Rates der Kirchen, Genf, mit dem Titel: „Beziehungen zwischen Christen und Muslimen: Ökumenische Überlegungen.“ Der gesamte Text kann gegen DM 3,- in Briefmarken bei der Redaktion (Adresse s. S. 2) angefordert werden.



Der Felsendom auf dem Jerusalemer Tempelberg: Symbol für den gemeinsamen Ursprung der drei Religionen Islam, Judentum und Christentum. An der Stelle, wo der Dom erbaut wurde, soll sich die Opferstätte Abrahams, des von allen drei Religionen verehrten Patriarchen, befunden haben.

Foto: P. Müller

Bücher zum Thema

Hansjörg Hemminger (Hg.)
Fundamentalismus
in der verweltlichten Kultur



Quell

Wer sich mit dem Thema „Fundamentalismus“ eingehender beschäftigen will, dem seien hier zwei Publikationen empfohlen:
Hansjörg Hemminger (Hg.): „Fundamentalismus in der verweltlichten Kultur“, 1991 im Stuttgarter Quell-Verlag als Taschenbuch erschienen.

ZEIT-Punkte



Der Islam -
Feind des Westens?
DIE ZEIT

Außerdem, aus der Reihe „Zeitpunkte“, den Band **„Der Islam - Feind des Westens?“**, Beiträge zum Thema, die in der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienen sind.

1. ES BEGANN BEI DER MUSTERUNG

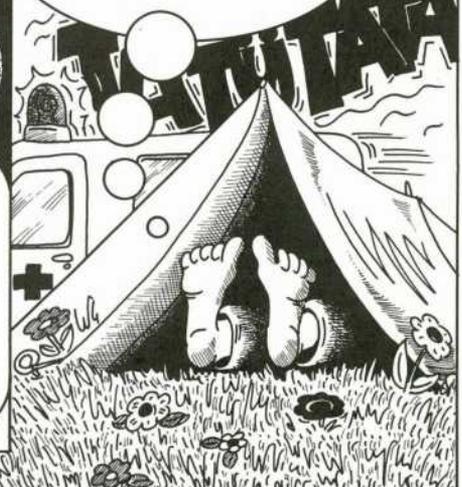


WIR GRATULIEREN! SIE SIND TAUGLICH. IM ZUGE DES FÖDERALEN SPARPAKTS KÖNNEN WIR SIE FORMLOS GLEICH JETZT ALS KÖVER ANERKENNEN, WENN SIE SICH MIT DER HÄLFTE DES ZIVILDienstSOLDS ZUFRIEDEN GEBEN ...

SIE WISSEN DOCH: LÄSTIGE ALTERNATIVE UND PLAGENDES INDIZ ...
... SIND VOM GESETZGEBER GEFORDERT!

2. EINIGES SPÄTER...

DAS LEBEN ALS UNTERKUNFTSSCHLÄFER HAB' ICH MIR IRGENDWIE ANDERS VORGESTELLT...



LEITFADEN? DER WURDE BEI UNS EINGESPART. ABER DAS ZENTRALE INFORMATIONSEXEMPLAR KÖNNEN SIE NACH DIENSTSCHLUSS IN DER LANDES-BIBLIOTHEK EINSEHEN.



Zivi light
In der Kürzung liegt die Würzung...
Ein Reality-Comic in 5 Streicheleinheiten von Effes/Matz

4. ZUM GLÜCK HILFT DIE KIRCHE MIT EINER...



UND DAS IST UNSER SONDERURLAUBS-WARENKORB IM WERT VON 5,85 DM!

3. NATÜRLICH HAT EIN ZIVI AUCH RECHTE...



DA HÄTTE WIR NOCH EINEN AUSBILDUNGSPLATZ FREI, DER BESONDERS FÜR SIE GEEIGNET IST: EINSPARUNGSRATER IM SOZIALAMT. DIE EINGANGSVERGÜTUNG ENTSPRICHT SOLDGRUPPE 3...

5. SCHLIESSLICH HAT ALLES AUCH SEIN GUTES...



MULTIVITAMIN-TABLETTEN

SPRUEDEL (VORSICHT: PFAND-FLASCHEN ERSCHWEREN DIE BERECHNUNG)

Ob'93
ENDE

Stacheldraht, jede Menge Stacheldraht, zur Seite geschobene Straßensperren, ein Wachhäuschen, schwer bewaffnete Soldaten und dann diese international identische, kaum wahrnehmbare Handbewegung, mit der unserem Busfahrer die Erlaubnis zum Weiterfahren signalisiert wird, das alles sieht aus wie an einer richtigen Staatsgrenze. Aber auf der Landkarte „Willkommen im Heiligen Land“, die alle Teilnehmer unserer 10-tägigen Israel-Rüstzeit bei der Ankunft in Jerusalem geschenkt bekamen, ist in dieser Ecke im äußersten Südwesten Israels nirgends eine Grenze zu finden. Dabei müßte gerade hier eine ganz besonders dicke Linie eingezeichnet sein, denn drüben, im Gaza-Streifen, liegt kein anderer Staat, dort liegt eine andere Welt.

Ein Bericht von Werner Schulz



Was wirklich fehlt, ist Freiheit

Zivis aus Deutschland zu Besuch im Gaza-Streifen

Im Flüchtlingslager Rafah

Foto: Evi Bossler-Schulz

Von einem Besuch des Gaza-Streifens müsse man dringend abraten, hieß es in dem FAX, das uns im Stuttgarter Pfarramt für KDVer aus Jerusalem erreichte, die Situation sei für Touristen viel zu gefährlich. Absender war ein israelisches Reisebüro. Genau 15 Minuten später kam noch ein FAX aus Israel: Über unseren beabsichtigten Abstecher in den Gaza-Streifen freue man sich außerordentlich. Man werde sich für unsere Gruppe einen ganzen Tag Zeit nehmen können und uns an einem vereinbarten Zeit- und Treffpunkt mit einem eigenen Bus abholen. Absender: Das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Gaza-Streifen, UNRWA (United Nations Relief and Works Agency).

Den weißen Bus mit der großen Aufschrift „United Nations“ konnte man auf der staubigen Straße aus Richtung Gaza-Stadt schon von weitem ausmachen. Gleich hinter dem „Checkpoint“, wie man den Grenzübergang, der keiner ist, nennt, nahm uns das UNO-Fahrzeug an Bord. So etwas wie ein öffentliches Verkehrsnetz, Eisenbahn, Busse, gibt es im Gaza-Streifen nicht.

Während der Fahrt zum UNRWA-Hauptquartier die ersten optischen Eindrücke. Was zuerst ins Auge springt: Der Zerfall. Keine Straße, kein Haus, kaum ein Fenster oder eine Tür, weder Autos noch Eselkarren, die nicht ziemlich heruntergekommen wirkten. Etwas völlig Intaktes, Neuwertiges gibt es nicht. Alles ist entweder halb zerstört oder nur zur Hälfte renoviert. Auch in der Stadt Gaza, in der der Bus auf den aufgerissenen Straßen nur im Schrittempo vorwärts kommt, überall stehen halbfertige Neubaugerippe und dann wieder bis auf die

Grundmauern ausgeräumte Altbauten. Wir sehen liegengelassene Fuhrwerke mit zwei halben Rädern, ausgeschlachtete Autos mit riesigen, schwarzen Ölflecken drunter, umgeknickte Strommasten, unzählige rostige Blechtonnen. Fast an jeder Ecke ein Schutthaufen... und überall Müll: Müll auf der Straße, Müll in alten Fässern, in überquellenden Containern, in verlassenen Ruinen und Garagen. Auch eine funktionierende Müllabfuhr gibt es in der Welt des Gaza-Streifens nicht.

Wenn das Geld reicht, erklärt uns Isa El-Qarra, Informations-Offizier bei der UNRWA, werde seine Organisation das seit Jahresbeginn bestehende Umweltprogramm ausbauen, Deponien anlegen und das Abwassersystem verbessern. Isa El-Qarra ist Araber, Mitte 50 und in Gaza-Stadt geboren. Er ist einer von rund 4 800 Menschen, überwiegend PalästinenserInnen, denen die UN-Hilfsorganisation im Gaza-Streifen Arbeit bietet. Über die Lautsprecheranlage im Bus unterlegt er die Bilder, die auf uns einströmen, hier und da mit ein paar Erklärungen und mit den wichtigsten Zahlen.

Flüchtlinge in der dritten, vierten Generation

Vor dem 1. arabisch-israelischen Krieg von 1948 hatte der Gaza-Streifen, das 46 km lange und 6-10 km breite Küstengebiet am Mittelmeer, etwa 250 000 Einwohner. Durch den Krieg aber wurden aus dem gesamten Gebiet, das dann zum Staat Israel wurde, etwa 750 000 Palästinenser, größtenteils kleine Bauern und



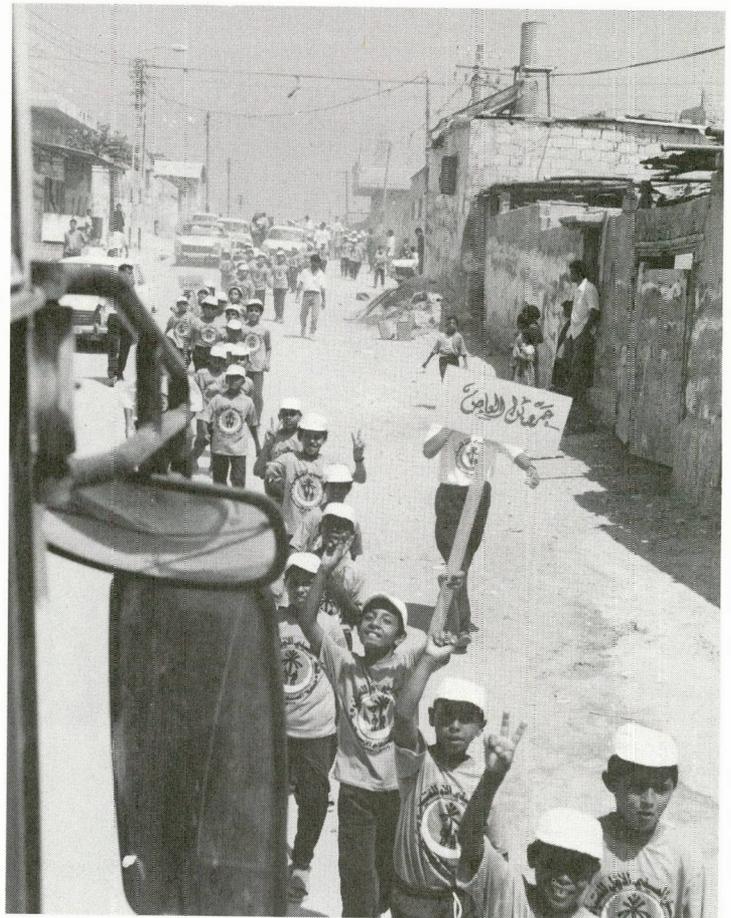
Umsteigen in den UN-Bus am Checkpoint

Landarbeiter, vertrieben. Sie verloren ihr Heim und ihre Existenz, flohen in die benachbarten arabischen Staaten. Die meisten zogen nach Jordanien, aber auch nach Syrien, in den Libanon, ins Westjordanland, etwa 200 000 kamen in den Gaza-Streifen.

Und hier, das ist die brutale Realität, leben sie als Flüchtlinge heute noch, d. h. inzwischen sind es längst auch ihre Kinder und Kindeskin-



Blick auf die Dächer eines Flüchtlingscamps



Schulkinder im Flüchtlingslager Deir El Balah

Fotos: W. Schulz



100 000 Menschen pro Quadratkilometer zählt der Gaza-Streifen zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt, aber kaum jemand weiß das, denn in den offiziellen Statistiken taucht diese Region nicht auf. Der Gaza-Streifen ist kein Staat und die 600 000 Flüchtlinge gelten offiziell als staatenlos, d. h. keiner von ihnen besitzt einen Paß.

Besetztes und geschlossenes Gebiet

„Wovon leben die Menschen?“ „Müssen sie hungern?“ „Wie sieht die soziale Versorgung aus?“ „Gibt es Schulen für die Kinder?“ Klaus Worm, der Leiter der UNWRA im Gaza-Streifen, ein Deutscher, wird von den Zivis mit Fragen überhäuft. Die Versorgung mit Lebensmitteln, so berichtet Klaus Worm, werde tatsächlich von Tag zu Tag zu einem größeren Problem. Noch bis Anfang des Jahres hätten nur relativ wenige Familien mit Nahrungsmittelhilfen unterstützt werden müssen, etwa 18 000 insgesamt.

Aber seit März '93 gibt es für die Menschen im Gaza-Streifen und in der Westbank eine neue Situation: Die Übergänge aus den besetzten Gebieten nach Israel sind seit dem 29.3. geschlossen. Raus kommt nur, wer besondere, eigens zu beantragende Passierscheine vorlegen kann. Im Prinzip ist der Gaza-Streifen seither ein einziges, abgeschlossenes Lager, genauso die West-Bank.

Problemlos reisen können natürlich weiterhin die etwa 4 000 hier ansässigen israelischen Siedler, denen an der Mittelmeerküste, unweit des großen Flüchtlingslagers „Khan Younis“ – gut militärisch abgeschirmt – ein Gestüt, ein

Touristendorf und eine exklusive Strandanlage gehört. „For settlers only“, nur für Siedler, steht im Lageplan, den uns die UN ausgeteilt hat, und die Zivis fragen sich, wie man es wohl schafft, ausgerechnet hier einen unbeschwerteten Badeurlaub zu genießen. Immer wieder kommt es zwischen Israelis und Palästinensern zu gewalttätigen Zwischenfällen, im Augenblick allerdings, so Klaus Worm, sei es „verhältnismäßig ruhig“. Was das heiße, wollen wir von ihm wissen, und er antwortet trocken: „Verhältnismäßig ruhig ist es, wenn wir hier nicht jeden Tag 10-20 angeschossene junge Männer versorgen müssen.“ Seit Beginn der sog. Intifada, den Aufständen der Palästinenser in den besetzten Gebieten, sind allein im Gaza-Streifen hunderte Palästinenser getötet, zehntausende verletzt oder verhaftet worden, Unzählige sind einfach verschwunden.

Und natürlich hat dieser Krieg auch auf der anderen Seite, bei den israelischen SoldatInnen und SiedlerInnen schon zu viele Opfer gefordert – und noch ist kein Ende, kein Frieden zwischen Juden und Arabern in Sicht. Auch die jetzt verhängte Schließung der Gebiete, ein Versuch Israels, die Intifada zu schwächen, wird letztlich nur weiteren Haß, noch mehr Gewalt und dann wieder Gegengewalt aufheizen. Denn während für die Terroranschläge gegen Israelis nur einzelne radikale Palästinenser verantwortlich sind, die längst nicht die Mehrheit der arabischen Bevölkerung hinter sich haben, trifft die Schließung der besetzten Gebiete die dort lebenden Menschen auf breiter Front. So ist z. B. die Zahl der Familien, die inzwischen mit monatlichen Lebensmittelhilfen von der UNWRA versorgt werden müssen, auf 90 000 hochge-

Fortsetzung nächste Seite

der. Das Schicksal „Palästinaflüchtling“ vererbt sich bei den heute geborenen Kindern z.T. schon von der dritten auf die vierte Generation. Insgesamt ist die Zahl der offiziell als Flüchtlinge registrierten Menschen im Gaza-Streifen auf 600 000 angewachsen, mehr als die Hälfte von ihnen leben verteilt auf acht Flüchtlingscamps auf engstem Raum zusammen. 800 000 beträgt die Einwohnerzahl heute insgesamt. Mit bis zu

schnell. Ohnehin haben sich die Lebensbedingungen in den „territories“, den Gebieten, wie viele Israeli die besetzte Westbank den Gaza-Streifen und die Golanhöhen nennen, seit Beginn der Intifada 1987 ständig verschlechtert. Waren es z.B. vordem noch 80 000 Palästinenser, die als Arbeiter oder Händler zwischen Israel und Gaza-Streifen hin und her gependelt sind und somit nicht nur ihre Familien versorgt, sondern auch für einen gewissen – wenn auch von Israel streng kontrollierten – Markt innerhalb des Gaza-Streifens gesorgt haben, so blieben es bis zum Zeitpunkt der völligen Schließung nur noch 12 000. Fast verdoppelt hat sich im selben Zeitraum dagegen die Zahl der im Gaza-Streifen stationierten israelischen Soldaten, von 5 000 auf über 9 000.

Die Hauptarbeitsfelder der UNWRA sind neben der Gesundheitsversorgung – im Moment gibt es für den gesamten Gaza-Streifen 900 Krankenhausbetten – vor allem die Erziehung und Ausbildung der Kinder, im Prinzip also Aufgaben staatlicher Organisationen.

Wo die UN-Organisation nicht helfen kann, bleiben die Menschen sich selbst und ihrem Improvisationsgeschick überlassen. Polizei? Gibt es nicht. Gerichte? Gibt es nicht – es sei denn, die Militärgerichte an den Armeestützpunkten. Und wenn sich dorthin schon einmal ein Palästinenser mit einem Problem traut, so erzählt Isa El-Qarra, dann schickt man ihn spottend weiter: „Geh' doch zu Arafat!“

61 Mio. US-Dollar stehen der UN-Organisation in diesem Jahr zur Verfügung, 5 Mio. stammen vom deutschen Entwicklungsministerium. Den Löwenanteil, d. h. mehr als die Hälfte der Gelder, verbraucht die Erziehung. In Klassen mit bis zu 50 SchülerInnen werden derzeit allein 100 000 Schulkinder betreut. „Aber im Augenblick“, so Klaus Worm, „bilden wir die jungen Leute für die Arbeitslosigkeit aus“. 55 % betrage die Arbeitslosigkeit schon heute, Tendenz steigend. Klaus Worm: „Die Ausbildung der Kinder ist gut, und noch können wir dafür sorgen, daß keiner verhungert, wenn auch die Verarmung immer schneller zunimmt. Aber was wirklich fehlt, ist Freiheit.“

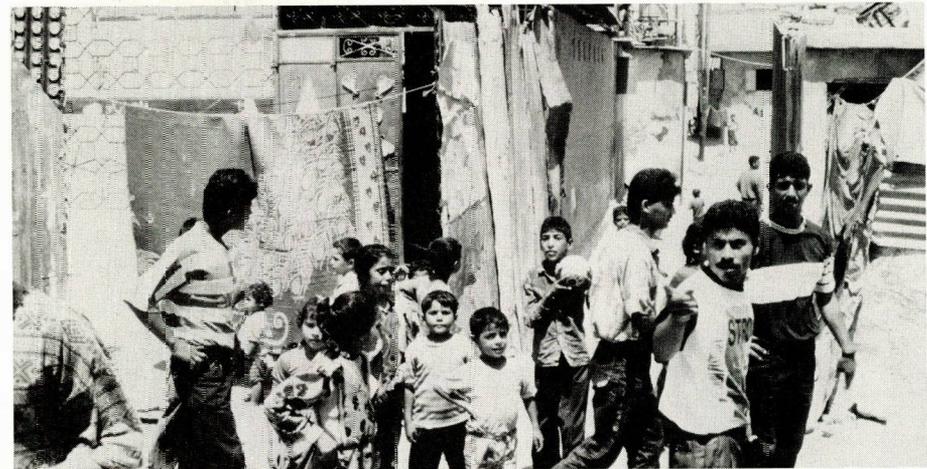
Der Chef des UN-Hilfswerkes redet in ernstem, nüchternen Tonfall und bisweilen klingt durchaus hörbar Enttäuschung, ja Resignation durch. Jedenfalls schließt er sich sicherlich mit ein, wenn er zum Thema Zukunft des Gaza-Streifens meint: „In einem Getto zu leben, das hält auf Dauer keiner aus“.

Wie man dieses Leben überhaupt ertragen kann, Tag für Tag, Jahr für Jahr, inzwischen von Generation zu Generation, diese Frage läßt viele der Zivis bis zum Ende der Reise nicht mehr los, nachdem wir schließlich zwei der Flüchtlingslager besuchten.

„What's your name?“

Vom Bus aus, der bei der Anfahrt zum Lager eine leichte Anhöhe passiert, sieht das Camp aus wie ein riesiges, kreuz und quer schraffiertes Trümmerfeld. Wand an Wand, so dicht wie Bienenwaben, sind die einfachen, flachen Behausungen ineinander gedrängt. Es gibt wenig Grün zwischen den Häusern, kaum Bäume, aber einen regelrechten Wald von Strommasten und eine Dicksicht von Leitungen, Fernsehantennen und herumhängenden Drähten über den Wellblechdächern.

Der Bus hält an – und sofort haben uns die Kinder entdeckt. Neugierig und ausgelassen rennen sie auf uns zu, albern herum, zeigen uns



Flüchtlinge in der 3. und 4. Generation: Kinder und Jugendliche im Lager Rafah

Fotos: W. Schulz

ihre Spielsachen und nehmen uns an die Hand. Einer machts dem anderen nach, und schließlich fragen alle „What's your name? What's your name?“ Die Blondinen unter uns sind besonders beliebt. Die älteren Kinder halten sich zurück. Aber als unser UN-Begleiter sie fragt, ob wir ihre Häuser von innen sehen dürften, öffnen sie uns lachend und ohne zu zögern die Türen. In diesen Momenten wird uns die Sache peinlich, wir zögern, sind ziemlich unsicher, kommen uns wie dreiste Schnüffler vor. Aber man winkt uns heftig zu, gibt uns zu verstehen, daß wir ruhig alles anschauen sollen.

Viel gibt es im Inneren der Häuser nicht zu sehen: Keine Möbel, außer einigen Hoztruhen; ein langes Brett, auf dem ausgewellte Teigfladen liegen; Matratzen auf dem bloßen Boden; zusammengerollte Teppiche. An der Wand hängen ein paar Aluminiumtöpfe und auf einem Regal steht Plastikgeschirr. In den zwei Räumen, die man uns zeigt, jeder etwa 3 mal 4 meter groß, leben drei Generationen zusammen, insgesamt 12 Personen. Und die nächste Familie wohnt gleich nebenan, nichts für Menschen mit Berührungängsten. Zwischen den einzelnen Häuserreihen gibt es schmale, staubige Wege,

oft kaum einen Meter breit. Hie und da sieht man ein paar Hühner und zwischen einem Bretterschlag misten zwei Jungs den Stall für ihren Esel aus.

Für arabische Verhältnisse überraschend abgeschlossen zeigen sich die Frauen im Flüchtlingslager. Sie lächeln uns zu und bieten uns Kostproben ihrer gekochten Speisen an. Aber leider beschränkt sich die Verständigung mit ihnen auf Mienenspiele und Handzeichen. Viel wüßten wir ohnehin nicht zu sagen, manchen von uns hat die Armut, die Enge, die Hitze, die fremden Gerüche, die ganze Atmosphäre buchstäblich die Sprache verschlagen. Einige wollen so schnell wie möglich wieder raus hier.

Draußen vor den Häusern haben sich inzwischen noch mehr Kinder versammelt und alle wollen sie unbedingt auf ein Foto. Jemand muß ihnen erzählt haben, daß man auf jeden Fall dieses „Victory“-Zeichen mit den Fingern machen muß, wenn man von einem Fremden fotografiert wird. Dabei sind die meisten der Kinder noch viel zu jung, um überhaupt zu verstehen, was dieses Zeichen soll. Wie man ihnen wohl eines Tages erklären wird, was ein „Sieg“ ist und was „siegen“ heißt?

Umkehr aus der „Sackgasse Zivildienst“?

Deutscher Caritasverband (Hrsg.): „Zivildienst in der Sackgasse? – Politische, theologische und pädagogische Perspektiven“. Lambertus Verlag, Freiburg 1993, 186 Seiten, DM 28.–
Besprochen von Günter Knebel

„Gilt der Zivildienst – wie im staatlichen Verständnis – als Ersatzdienst für den Wehrdienst oder ist für die kirchliche Sicht des Zivildienstes die Idee vom Friedensdienst ohne Waffen, die Idee des Sozialen Friedensdienstes maßgeblich? Wie kann die Gewissensentscheidung zur Kriegsdienstverweigerung im Zivildienst aufgegriffen, weiterentwickelt und fruchtbar gemacht werden?“



Zivis im Rettungsdienst
Foto: A. Emmerling

nach Artikel 38, 1 GG staatlicher Überprüfung bedürfen. Insoweit muß die nach wie vor herrschende restriktive Praxis der Gewissensprüfung durch Antragstellung und Ableistung eines „verlängerten und als unangenehme Alternative zum Wehrdienst ausgestalteten“ Zivildienstes problematisch bleiben und die Suche nach freiheitlichen Regelungen weitergehen. Dies gilt auch für den zweiten Aspekt, der nach dem Friedensgehalt des Zivildienstes fragt. Die Antwort des Zivildienstleistenden, der nach seinem Dienst in einem kirchlichen Heim für Behinderte (fünf Hauptamtliche, zwei Zivis) sich die Frage stellt, ob er durch seinen Zivildienst dem Frieden gedient habe, ist aufschlußreich: „Unter dem ganz dicken Summenstrich muß ich sagen: direkt, nein. Denn ich habe mich zu wenig mit dem Zivildienst als solchem befaßt. Indirekt habe ich wohl doch einen Beitrag zum sozialen Frieden geleistet und leiste ihn noch immer. Das behaupte ich, weil mich der Zivildienst im Pflegeheim, die Liebe zu den Kindern dort und die Erfahrungen mit den Kollegen verändert haben. Verändert dahingehend, daß ich ein bißchen geduldiger wurde, weicher, sensibler und vor allem verständnisvoller geworden bin.“ Diese Aussage enthält sowohl die Kritik an der ziellosen, bloßen 'Beschäftigungs'-Funktion des Zivildienstes (auch in kirchlichen Einrichtungen), als auch die konstruktive Vision eines freiwilligen (Shalom-)/Friedensdienstes, der durch Inhalt und Ausgestaltung darauf hinwirkt, Menschen „geduldiger, weicher, sensibler und verständnisvoller“ zu machen. Warum sollte nicht diese heute – günstigenfalls!, wie bei dem zitierten ZDL – eher zufällig erzielte Nebenwirkung, künftig der Hauptzweck eines Dienstes auf freiwilliger Basis und unabhängig von militärpolitischen Diktaten sein? In einer Gesellschaft, die gesunde, reiche und junge Menschen favorisiert und behinderte, arme, alte und fremde Menschen ausgrenzt und diskriminiert, könnte ein solcher Dienst nicht nur äußerst sinnstiftend sein, sondern er wäre aus sich selbst heraus ein Beitrag zu gewaltfreier Konfliktaustragung.

Das Buch schließt mit dem Resümee: „Als erstrebenswerte Alternative zu jeder Form von Pflichtdiensten sind Freiwillige-Soziale-Dienste zu entwickeln und zu realisieren, die in ihrer Tätigkeit und gesellschaftlichen Anerkennung ein attraktives Angebot für männliche und weibliche Jugendliche darstellen.“

Der Weg aus der Sackgasse Zivildienst ist damit angedacht; es kommt nun darauf an, die Umkehr zu organisieren und neue 'soziale Erfindungen' zu erproben. Dies wird nicht gehen ohne Einsicht in die gesellschaftliche und politische Notwendigkeit bei den Trägern des Zivildienstes, die auch entsprechende Tätigkeitsfelder, Aufgaben und Strukturen mitbestimmen müssen und ohne Offenheit und guten Willen in Politik und Verwaltung ebenfalls nicht. Beides wird aber – hoffentlich – durch die hier vorgestellte produktive Veröffentlichung angeregt, begünstigt oder beschleunigt. Allerdings: Für die 'Zielgruppe Zivis' ist das Buch leider zu teuer.

Mit diesen Fragen beschäftigte sich Ende 1991 in der Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes eine Tagung, deren Referate und Ergebnisse nun in einer Buchveröffentlichung vorliegen. Die 186 Seiten starke Studie ist in fünf Kapitel gegliedert: Die Entwicklung des Zivildienstes aus kirchlich-caritativer Perspektive, Probleme des Zivildienstes in kirchlich-caritativer Verantwortung, Praxisberichte, Ergebnisse der Gruppenarbeit sowie Bewertung und Perspektiven. Hier ist nicht der Raum, die insgesamt fünfzehn Beiträge und Berichte zu verschiedenen Aspekten von Zivildienst oder Friedensdienst detailliert vorzustellen: Es handelt sich erfreulicherweise nicht um trockene Fachliteratur, sondern um gut lesbare Referate, die in der Zusammenschau eine fundierte Bestandsaufnahme zur aktuellen Zivildienstdiskussion darstellen. Sie gibt über den kirchlich-caritativen Raum hinaus Impulse, aus der „Sackgasse Zivildienst“ herauszukommen.

Im Blick auf die eingangs zitierten zentralen Fragen wird ernüchternd offen eine Konsequenz des seit 1984 veränderten Anerkennungsverfahrens für ungediente Wehrpflichtige bilanziert, die in Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer schon seit längerer Zeit wahrgenommen wird: Das Begehren, als KDVer anerkannt zu werden, hat abgenommen; das Motiv, anstelle des Militärdienstes Zivildienst ableisten zu wollen, hat erheblich zugenommen. Wie immer mensch diese Motivationsverschiebung bewerten mag, bei ziviler, freiheitlicher Betrachtungsweise, die alle Beiträge des Buches verbindet, verbietet sich jede Rückkehr zur 'alten Gewissensprüfung'. Denn das Grundgesetz geht von mündigen Bürger/innen aus, deren – wie auch immer motivierte – Gewissensentscheidungen weder nach Artikel 4, 3 noch

Wo die „Zivis“ arbeiten

Besetzte Zivildienstplätze Mitte 1990
in der Bundesrepublik Deutschland

— Pflege — 39 900

Werkstatt u.ä. 10 600

Hilfsdienste 10 200

7 810 Krankentransport

4 810 Betreuung von Schwerstbehinderten

3 940 Versorgung

2 200 Fahrdienst

1 470 Umweltschutz

1 430 Gärtnerei

530 Verwaltung



Neues aus dem Europarat:

KDV als Menschenrecht?

Das Tauziehen geht weiter

Von Friedhelm Schneider

„Außer Spesen nichts gewesen.“ Zu diesem ernüchternden Ergebnis führen seit Jahrzehnten alle Versuche, das Recht auf KDV beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzuklagen. Zwar ist die KDV aus Gewissensgründen Bestandteil des Rechts auf Gewissensfreiheit, das durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert wird (Art. 9); doch läßt die für Beschwerden zuständige Europäische Kommission für Menschenrechte KDVer als rechtmäßig nur in Ländern gelten, „wo sie anerkannt werden“ (1972). Klagen verfolgter KDVer haben unter diesen Voraussetzungen keine Chance – in unbirrbarer Regelmäßigkeit werden sie als unzulässig abgewiesen. Sowohl das Schicksal der unterdrückten Kriegsgegner als auch die Glaubwürdigkeit der europäischen Menschenrechtspolitik verlangen, daß dieser untragbare Zustand schnell und dauerhaft geändert wird. Es ist dringend notwendig, daß die Europäische Menschenrechtskonvention ausdrücklich um ein Recht auf KDV ergänzt wird, das (über die Ratifizierung eines Zusatzprotokolls) in den Einzelstaaten Verbindlichkeit erhält. Alles andere bedeutet praktisch ein Stillhalteabkommen der Mehrheit gegenüber den Ländern, die – wie Griechenland und die Türkei – KDVer als Kriminelle behandeln und mit drakonischen Strafmaßnahmen bedrängen.

Zur Vorgeschichte

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat erstmals **1977** empfohlen, das Recht auf KDV aus Gewissensgründen in die Europäische Menschenrechtskonvention aufzunehmen. Bereits 10 Jahre zuvor hatte dasselbe Gremium (als erste internationale Institution!) wichtige Rechtsgrundsätze zur KDV formuliert. Die damals geforderte strikte Trennung des KDV-Verfahrens von militärischen Behörden läßt übrigens, was die Ausschuß-Verhandlungen angeht, in der Bundesrepublik seit 26 Jahren auf sich warten – trotz aller europa-freundlichen Regierungsaussagen. **1987** verabschiedete das Minister-Komitee des Europarats eine KDV-Empfehlung an die Mitgliedsstaaten. Obwohl man weitergehende Forde-

rungen – wie die Verankerung der KDV als Menschenrecht – sorgfältig vermied, sahen sich die „schwarzen Schafe“ der europäischen KDV-Szene (Griechenland, Zypern, Türkei, Schweiz) nicht in der Lage, dem Protokoll zuzustimmen. Italien enthielt sich, weil die Vorschläge hinter den bereits erreichten Beratungsergebnissen zurückblieben.

Der Rodotà-Bericht

1992 kommt es zu einem neuen Anlauf, um der KDV als Menschenrecht Geltung zu verschaffen: Für den Menschenrechtsausschuß des Europarats verfaßt der italienische Abgeordnete Rodotà den Bericht „Das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen“. Darin würdigt er die KDV als grundlegendes Element einer pluralistischen Gesellschaft, die entgegengesetzte Wertentscheidungen ihrer Bürger (z. B. für und gegen den Militärdienst) so ernst nimmt, daß sie sie nebeneinander zuläßt und darauf verzichtet, einen Kompromiß oder die Vorherrschaft einer Position zu erzwingen. In diesem Zusammenhang bringt Rodotà auch die Problematik der Militärsteuer – und der Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen zur Sprache. Er begrüßt die KDV u. a. als „soziale Investition“ für die nationale und die Weltgemeinschaft. In der aus dem Bericht folgenden Beschlußvorlage für die Parlamentarische Versammlung des Europarates heißt es:

„1. Die Versammlung verweist auf die Tatsache, daß sie sich bereits seit 25 Jahren immer eindeutig zugunsten der KDV aus Gewissensgründen ausgesprochen hat.

2. In zahlreichen Ländern beobachtet man eine zunehmende Ausweitung und Verstärkung der KDV aus Gewissensgründen als ein Recht, das infolge einer unumkehrbaren Tendenz immer häufiger akzeptiert wird, sogar auf Verfassungsebene.

...
5. Die Versammlung fordert das Ministerkomitee auf:

... das Recht der KDV aus Gewissensgründen in die Europäische Menschenrechtskonvention aufzunehmen; ...“

Darüberhinaus betont die Rodotà-Empfehlung, daß der „zivile Charakter“ des Ersatzdienstes zu wahren ist, daß für nachträgliche Verweigerer und Totalverweigerer „vernünftige Maßnahmen“ Anwendung finden sollen und daß schließlich der Zivildienst und seine Dauer keinen Strafcharakter haben dürfen.

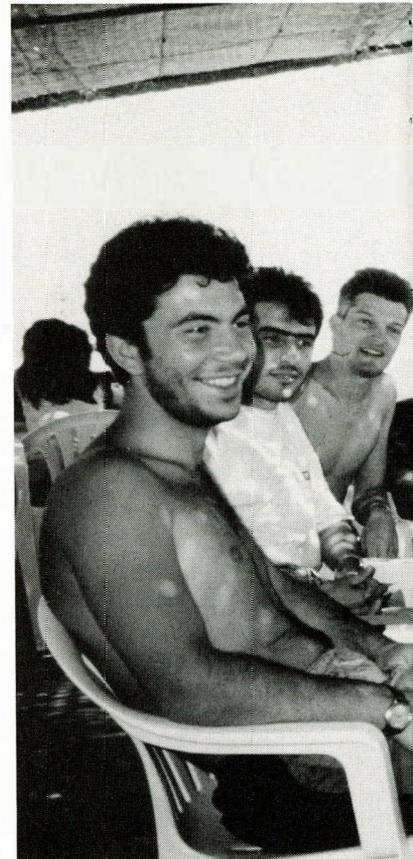
Bremsmanöver

Nach der mehrheitlichen Annahme des Rodotà-Berichts durch den Menschenrechtsausschuß (19.12.1992) findet am 14.5.1993 die Plenardebatte im Europarat statt. Zwischenzeitlich haben zwei griechische Abgeordnete eine Serie von insgesamt sechs Änderungsanträgen eingebracht: Sie verlangen für die Gewährung eines KDV-Rechts „angemessene Ausnahmen“ in politischen Bedrohungssituationen; weiterhin fordern sie das Zugeständnis eines waffenlosen Militärdienstes für KDVer, den Ausschluß jeder Begünstigung von ZDL gegenüber dem Militärdienst und die Festschreibung von Haftstrafen für Dienst- und Gehorsamsverweigerer. . . Die Durchsetzung der griechischen Anträge hätte zur Folge, daß die Rodotà-Vorlage bis zur Unkenntlichkeit entstellt und die KDV-Diskussion im Europarat um Jahrzehnte zurückgeworfen wäre. Die griechische Regierung könnte, weil sie sich durch ihren NATO-Partner Türkei bedroht sieht, KDVer weiter mit jahrelangen Gefängnisstrafen unter Druck setzen – und wäre dabei rechtlich nicht mehr zu beanstanden. . .

Bei den Abgeordneten, die am 14. Mai in Straßburg auf der Rednerliste stehen, überwiegen die KDV-kritischen Töne. Aus mehreren Beiträgen spricht die Befürchtung, ein Menschenrecht auf KDV werde die Zahl der Verweigerer hochschnellen lassen, das Recht auf einen Alternativdienst könne das Militär schwächen. Die griechischen Anträge finden wiederholt Verständnis. Insgesamt unterstützt nur eine von zwölf Wortmeldungen, ein Votum aus Schweden, ausdrücklich das Anliegen der Rodotà-Empfehlung. Als endlich die Abstimmung durchgeführt werden soll, ist die Versammlung (glücklicherweise?) nicht mehr beschlußfähig.

Dem Beobachter fällt auf: Eine deutsche Stellungnahme ist im Protokoll der Sitzung nicht zu finden, obwohl es gerade hier angebracht und wichtig gewesen wäre, die offiziell immer so positiv bewerteten Erfahrungen mit KDV und Zivildienst in Deutschland einzubringen. Wer schweigt, scheint zuzustimmen – wozu?

Ironie der Ereignisse: Ende Mai läßt sich eine Delegation des Europäischen Parlaments vom griechischen Minister für öffentliche Ordnung erklären, im Geburtsland von Freiheit und Demokratie sei „eine Nichtbeachtung der Menschenrechte nicht vertretbar und im übrigen der Sensibilität des griechischen Volkes we-



KDVer aus ganz Europa trafen sich am Mittelmeer

sensfremd“. Merke: Politische Sonntagsreden fallen leichter, solange die KDV (noch) nicht zu den Menschenrechten zählt, und: Es müssen noch viele Tauben nach Athen getragen werden. . .

KDV-Alarm

Um zu verhüten, daß im Europarat die griechische Karikatur eines beliebigen außer Kraft zu setzenden KDV-Rechts mehrheitsfähig wird, schlugen im Juni Friedens-, KDV- und Menschenrechtsorganisationen Alarm: Amnesty International, der Internationale Versöhnungsbund, die Mitgliedsvereinigungen des Europäischen Büros für KDV (darunter auch die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer) wenden sich an die Vertreter ihrer Länder im Europarat. Am 29.6.1993 verweist die Parlamentarische Versammlung in Straßburg den Rodotà-Report zur weiteren Diskussion zurück in den federführenden Ausschuß. Damit sind erst einmal die griechischen Änderungsanträge vom Tisch. Das Schlimmste ist verhindert, ein happy end bleibt ungewiß. . .

Der Verfasser ist Vertreter der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK) im Europäischen Büro für KDV (EBCO, Brüssel)

Dran-bleiben! Mitreden!



Anti-Wehrpflicht-Manifeste, Verweigerung in Kolumbien bzw. Afrika, Antimilitarismus nach Abschaffung der Wehrpflicht. Ergebnisse sind: ein vierteljährliches Nachrichtenblatt zur internationalen Kriegsdienstverweigerung; eine Kampagne für die Verbreitung eines neuen Anti-Wehrpflicht-Manifestes zum nächsten Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer am 15. Mai 1994; die Festlegung auf Bogota, Kolumbien, als Ort des nächsten ICOM im Dezember 1994, wobei europäische Teilnehmer eine Fahrkostenteilerstattung bekommen sollen. In ausgiebigen Informationsveranstaltungen wurden der türkisch-griechische Konflikt auf Zypern, der türkisch-kurdische Krieg und die Menschenrechtssituation in der Türkei zu Brennpunkten des Interesses. Und im November dieses Jahres ist eine Informationsreise eines türkischen KDVer während der Friedensdekade durch Deutschland geplant.

Engagiert verwirklichte das flämisch-österreichisch-dänische Organisationsteam dieses ICOM; hervorragend organisiert war die türkische Vorbereitungsgruppe mit zahlreichen DolmetscherInnen, Informationen über das türkische Folter- und Militärregime aus der Sicht von Menschenrechtlern und ehemaligen Opfern – und einer guten Küche. Bekanntlich steht ja die politische Situation des NATO-Mitglieds Türkei im diametralen Gegensatz zur Gastfreundschaft und lebensfreundlichen Kultur der türkischen Menschen...

ICOM '94 in Kolumbien

Roberto Pinzon, Mennonit aus Bogota/Kolumbien, konnte mit seiner vom ICOM 1993 finanzierten Reise nach Oren zufrieden sein: Er lud nach Südamerika ein, für Dezember 1994, die Zeit, in der die nächste Dreijahreskonferenz der War Resisters International (W.R.I.) in Brasilien stattfindet. Wie 1993 soll der Europarat mit seinem Fonds für internationale Jugendbegegnung das ICOM teilfinanzieren, und warum nicht auch im nächsten Jahr die UNESCO? Zweifellos darf man gespannt sein auf das ICOM 1994 in Kolumbien. Denn aus dem internationalen Menschenrecht auf Gewissensfreiheit entspringt das politische Recht auf Widerstand gegen das Militärsystem weltweit! Militär und Krieg sind antiquiert und gehören in Mythenverfilmungen, Schauplätze dafür – wie die antiken Trümmerstätten von Priene, Pergamon und Troja – gibt es schon genug. Christian Bartolf



Verstehen sich gut: Der türkische KDVer Osman aus Izmir und der KDVer Nicos aus Griechenland Fotos: Chr. Bartolf

Ermütigung für türkische KDVer

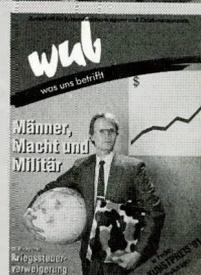
Das internationale Kriegsdienstverweigerer-Treffen, ICOM, fand in diesem Jahr in der Türkei statt.

Oren ist ein kleines türkisches Strandbad und ein Dorf zwischen Marmaris und Bodrum, an der Südwestküste der Türkei. Der Bürgermeister des Ortes, welcher sich seit neun Jahren gegen die zu erwartende Umweltverschmutzung eines in der Nachbarschaft mit deutscher und polnischer Hilfe im Bau befindlichen Kohlekraftwerkes wehrt, begrüßte das Internationale Kriegsdienstverweigerer-Treffen, ICOM („International Conscientious Objectors Meeting“) mit über 60 Teilnehmern aus 10 europäischen Ländern. Die Hälfte der Teilnehmer stammte aus den türkischen Städten Ankara, Antalya, Istanbul und Izmir. Vom 9. bis zum 16. Juli 1993 bildete ein kleiner Campingplatz die mediterrane Kulisse einer bislang einzigartigen Konferenz, denn die türkischen KDVer sind nach geltendem

türkischen Recht Gesetzesbrecher, ihnen drohen hohe Gefängnisstrafen. Um die türkische anarchistische Zeitschrift AMARGI herum bildete sich vor zwei Jahren bereits ein beharrlicher Kreis von überwiegend jungen Leuten im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, die bereits ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt haben. Die meisten türkischen Verweigerer sind Handwerker und Studenten, die das Treffen für sich als Ermütigung empfanden. Kriegsdienstverweigerung gilt bei vielen jungen Türlen als Ausdruck eines gewaltfreien Anarchismus, was das starke Interesse der Verweigerer an bislang unübersetzten Schriften von Tolstoi und Gandhi erklärt. Über fünf Tage hinweg (mit einem Ausflugsausflug nach Bodrum als willkommene Unterbrechung) wurde in zahlreichen Arbeitsgruppen und Workshops getagt, zu Themen wie: Balkankrieg, „humanitäre Interventionen“ (Somalia und anderswo), Öko-Anarchismus, Zukunft des Antimilitarismus, Deserteursnetzwerk,



abonnieren



Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abs diesen Abschnitt verwenden.

Ein Jahr wub für DM 12.-

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Postfach 26 02 30 · 50515 Köln

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12.- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

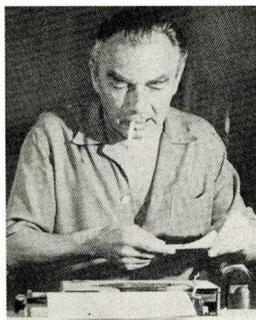
(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, 1. Unterschrift) _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____



Von Erich Kästner

Wir alle kennen ihn noch aus der Geschichtsstunde, den makedonischen Alexander. Und auch die Anekdote mit dem berühmten gordischen Knoten kennen wir noch, die dem Jugendlichen Eroberer nachgesagt wird. Als er in Gordium einzog und von dem kunstvoll verschlungenen Knoten hörte, den bislang kein Mensch hatte aufknüpfen können, ließ er sich stracks hinführen, besah sich das berühmte Ding von allen Seiten, bedachte den Orakelspruch, der dem Auflöser des Problems großen Erfolg und weithallenden Ruhm verhieß, zog kurzentschlossen sein Schwert und hieb den Knoten mitten durch.

Na ja. Die Soldaten Alexanders jubelten natürlich. Und man pries die Intelligenz und Originalität des jungen Königs. Das ist nicht gerade verwunderlich. Eines muß ich allerdings offen sagen, – meine Mutter hätte nicht dabei sein dürfen! Wenn meine Mutter daneben gestanden hätte, hätte es Ärger gegeben. Wenn ich als Junge, kein Haar weniger originell und intelligent als Alexander, beim Aufmachen eines verschürzten Kartons kurz entschlossen mein Schwert, beziehungsweise mein Taschenmesser zog, um den gordischen Bindfaden zu durchschneiden, bekam ich mütterliche Ansichten zu hören, die denen des Orakels diametral widersprachen und die jubelnden Truppen aus Makedonien außerordentlich verblüfft hätten. Alexander war bekanntlich ein großer Kriegsheld, und die Perser, Meder, Inder und Ägypter pflegten Tag und Nacht vor ihm zu zittern. Nun, meine Mutter hätte sich dem Gezitter nicht angeschlossen. „Knoten schneidet man nicht durch!“ hätte sie in strengem Tone gesagt. „Das gehört sich nicht, Alex! Strick kann man immer brauchen!“ Und wenn Alexander der Große nicht so jung gestorben, sondern ein alter, weiser Mann geworden wäre, hätte er sich vielleicht eines Tages daran erinnert und bei sich gedacht: „Diese Frau Kästner, damals in Gordium, hatte gar nicht so unrecht. Knoten schneidet man nicht durch. Wenn man es trotzdem tut, sollten die Soldaten nicht jubeln. Und wenn die Soldaten jubeln, sollte man sich wenigstens nichts darauf einbilden!“ (...)

Es ist wirklich merkwürdig, nicht? Da setzt sich jemand auf die Hosen und bringt mit viel Fleiß, Geschick und Geschick einen Knoten zustande, der so raffiniert geschlungen ist, daß ihn kein Mensch auf der Welt aufknüpfen kann, und den, der das Kunststück fertigbrachte, hat uns die Geschichte nicht überliefert! Aber wer das Taschenmesser herauszog, das wissen wir natürlich! Die Historiker haben seit Jahrtausenden eine Schwäche für die starken Männer. Auf steinernen Tafeln, auf Papyrusrollen, auf Pergamenten und in dicken Büchern schwärmen

Der gordische Knoten



Zeichnung: H. Psiuk

sie von Leuten, welche die Probleme mit Schwerstreichen zu lösen versuchten. Davon zu berichten, wie sich die Fäden des Schicksals unlösbar verschlangen, das interessiert sie viel weniger. Und darüber zu schreiben, wie seltsame Idealisten solche Schicksalsverknötungen friedlich entwirren wollten, ödet sie an. Dem Zerhacken der Knoten gilt ihr pennälerhaftes Interesse, und sie haben nicht wenig dazu beigetragen, die alten gordischen Methoden in Ansehen und am Leben zu erhalten. Wir haben gerade wieder einmal das Vergnügen gehabt, persönlich dabei gewesen zu sein, als so ein Knoten zersäbelt, statt mühselig aufgedröselte wurde. Es war kolossal interessant. Die Haare stehen uns jetzt noch zu Berge, soweit sie uns nicht ausgegangen sind. Und während sich auf internationalen Konferenzen Abgesandte aus aller Welt abquälen, die neuen Knoten zu entwirren, die sich allenthalben bilden, sitzen, nicht zuletzt bei uns, schon wieder Anhänger der Säbeltheorie herum und knurren: „Ist ja alles Quatsch! Wozu lange knüpfen? Durchhacken ist das einzig Senkrechte!“

Ich finde, man sollte wirklich langsam dazu übergehen, statt der Knoten die Leute durchzuhauen, die solche Ratschläge geben. (1948)

Aus: Erich Kästner, Gesammelte Werke – Vermischte Beiträge – Atrium-Verlag, Zürich, 1965.

Betr.: Solidarpraktügle im Bereich Wehr- und Zivildienst

Auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion und Vorschlägen des Bundesfinanzministers sollen im Rahmen des Solidarpaktes Wehr- und Zivildienstleistende folgende gravierende Kürzungen erleiden:

1. Das Entlassungsgeld soll von derzeit 2500 DM auf 1800 DM gekürzt,
2. Für Heimschläfer soll das Verpflegungsgeld gestrichen, für die Unterkunftsschläfer soll die Auszahlung an Wochenend- und Urlaubstagen auf den einfachen Satz reduziert werden.

Diese Vorschläge sind besonders für diese Berufsgruppe, die bereits jetzt Bezüge am Rande der Sozialhilfesätze erhält untragbar. Wir protestieren deshalb auf das Schärfste.

Das Versprechen unserer führenden Politiker, keine Kürzungen im sozialen Bereich vorzunehmen, wird hierdurch als Lüge entlarvt und provoziert die weitere Steigerung der Politik- und Staatsverdrossenheit besonders unter der jüngeren Generation.

Außerdem entsteht einmal mehr der Eindruck, daß man sich seine Opfer bei den Schwächsten sucht, denn wie wollen Sie einem potentiellen Jungwähler erklären, daß er auf ca. 12 % seiner bisherigen Bezüge verzichten soll.

Wir fordern deshalb alle Zivildienstleistenden, Wehrpflichtige und deren Sympathisanten dazu auf, unsere führenden Politiker mit einer Welle von Protestbriefen einzudecken, um diese Ungerechtigkeit nicht einfach über uns ergehen zu lassen.

Da wir durchaus der Ansicht sind, daß auch wir unseren Teil zur Bewältigung der schwierigen Lage der wiedervereinigten Bundesrepublik beizutragen haben, möchten wir den Vorschlag machen, doch mit etwas mehr Augenmaß zu Werke zu gehen, um die Einschnitte für Wehr- und Zivildienstleistende noch erträglich zu halten.

Eine anteilmäßige Kürzung des Entlassungsgeldes ist durchaus gerechtfertigt, aber darüber hinaus ist jede weitere Mark untragbar, denn es darf nicht soweit kommen, daß die Wehr- und Zivildienstleistenden von ihren Eltern unterhalten werden müssen.

Zivis und Wehrdienstleistende sind nicht die „Sparschweine der Nation“.

Die Zivildienstleistenden des Schwarzacher Hofes, c/o ZDL-Sprecher Jakob Lechner, 6951 Schwarach

Betr.: Heft Nr. 2, 2. Quartal 1993, 23. Jahrgang

Sehr geehrter Herr Schulz!

Hin und wieder lese ich „wub“ ja recht gern. Es ist nämlich auch für uns in der Militärseelsorge wichtig, nicht auf einem Auge blind zu werden.

Was jedoch Herr Huber in den „Einsichten“ auf S. 26 andeutet, und was dann der Interpret des „strickenden Wachposten“ auf der Rückseite Ihres Heftes ausspricht, das ist doch etwas mehr als ärgerlich.

Meinen Sie wirklich, daß das Morden in Jugoslawien und die Bürgerkriege in der Welt dazu mißbraucht werden, neue Aufgaben für Soldaten hofähig zu machen? Von solch einer Einstellung ist der Weg dann nur sehr kurz zu dem Vorwurf, Po-



litiker und Militärs begrüßen das Entsetzliche, um eine Art Männlichkeitswahn durch Waffengeklirr manifestieren zu können. Melodie: Endlich dürfen Sie wieder marschieren.

So einfach sollten Sie es sich nicht machen. Ich kenne Zivildienstleistende, die wesentlich sorgfältiger differenzieren. Und wenn wirklich das entsetzliche Morden in dieser Welt durch gute pazifistische Gesinnung zu beenden wäre – was meinen Sie wohl, wie schnell Soldaten und Militärgeistliche an Ihrer Seite wären? Denn so spaßig ist das eventuell notwendige Opfer eigenen Lebens ja auch nicht.

Respektieren wir also jeweils die ernsthafte Entscheidung des anderen, ohne sie leichtfertig zu diffamieren, damit unter uns Vertrauen wachsen kann. Ich meine, damit hätten wir auch etwas für den Frieden getan.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Ottmeyer, Militärgeneraldekan im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, Bonn.

Betr.: Kürzung des Entlassungsgeldes

Nun ist es also beschlossene Sache: das Entlassungsgeld für Soldaten und Zivildienstleistende wird von 2500,- auf 1800,- DM gekürzt. Man erinnert sich, die Bundesregierung hat erst ab Oktober '92, längst überfällig, den Sold um 2,- auf 13,50 DM pro Tag erhöht, woraus ein Stundenlohn von 1,75 DM resultiert. Die kleine Anerkennung von Vater Staat fällt also jetzt noch bescheidener aus; es sind schlicht 28 %, die der einzelne als Einbuße hinzunehmen hat. Hier hat die soziale Demontage unvergleichlich zugeschlagen und das, wen wundert's, beim schwächsten Glied der Gesellschaft.

Immerhin: Es macht sich die Erkenntnis bereit, wie töricht sich der bisherige Versuch ausnimmt, den Zivildienst gegenüber dem Wehrdienst zu diskriminieren, obwohl der Zivi im Pflegebereich zu einem nicht mehr wegzudenkenden Faktor geworden ist. Oberflächliche Klischees begraben sich hier, auch im Lichte der neuen Diskussion um ein Berufsheer, ganz von selbst.

Die Zivis des DRK Öhringen (19 Unterschriften), der AWO Öhringen (11 Unterschriften) und 9 Zivis aus Heidelberg.

c/o Ulrich Nothwang, Buchenstraße 28
7112 Waldenburg

Betr.: wub-Kunstpreis '93

Lösungs-Lösung 2/93:

PRO — ZUKUNFT —

B: Leute, Ihr werdet ja immer besser! Ja, die Redaktion auch, klar doch, aber ich meine die Künstler! Wie wär's denn mal mit einer Ausstellung "Zivi-Kunst" hier in Tübingen? Wär doch mal eine gute Alternative zur Cézanne-Monster-Show in der Kunsthalle, oder? Wenigstens würde so manch pseudo-gelehrtes Geschwafel über "künstlerische Relevanz" und so wegfallen, Eure Bilder drängen unmittelbar in die Seele!!

Jörg Dietrich, Tübingen

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38.- erstattet.

BADEN

- 18.10.–22.10.1993 Neckarzimmern/Odenwald: „Beziehungskisten“ – Leben zwischen Bindung und Freiheit
 25.10.–29.10.1993 Wilhelmsfeld bei Heidelberg: Apprendre à vivre non-violent/ Gewaltfrei leben lernen – eine gemeinsame Rüstzeit für deutsche und französische KDVer
 22.11.–26.11.1993 Oppenau/Schwarzw.: Ein Gott – Viele Religionen
 Wie tolerant können/müssen Christen sein?
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Vorholzstr. 7, 76137 Karlsruhe, Tel. 0721/9349-333

BAYERN

- 4.10.– 8.10.1993 Neukirchen-Lautertal: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“
 25.10.–29.10.1993 Schwanberg: „Meditation – Hinführung und Einführung“
 8.11.–12.11.1993 Erfurt: „Gewaltfreiheit – Wie umgehen mit Gewalt?“
 29.11.– 3.12.1993 Schwanberg: „Adventsmeditation“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg
 Tel. 09 11/43 04-238

HANNOVER

- 11.10.–16.10.1993 Obernkirchen: „Meditation – bewußt gewaltfrei leben lernen“
 1.11.– 5.11.1993 Wustrow: „Zwischen multi-kulturell und Fremdenfeindlichkeit“
 8.11.–12.11.1993 Spiekeroog: „Dem Frieden dienen – KDV und ZD als Friedensarbeit?“
 29.11.– 3.12.1993 Spiekeroog: „Rüstzeit mit ZDL und Soldaten“
Anmeldeformulare: Pastor Joachim Zierau, Archivstr. 3, 30169 Hannover
 Tel. 05 11/1241-468

HESSEN UND NASSAU

- 4.10.– 8.10.1993 Höchst/Odw.: Schritte zur Überwindung des Militärs – Das Konzept der sozialen Verteidigung im Wandel
 18.10.–22.10.1993 Höchst/Odw.: Bilder der Gewalt – Gewalt der Bilder“
 8.11.–12.11.1993 Höchst/Odw.: Männerbilder
Anmeldeformulare: Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt
 Tel. 061 51/367002

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 5.10.– 8.10.1993 Goslar/Haus Hessenkopf: „Ökologie konkret – vom Reden zum Handeln“
 1.11.– 5.11.1993 Hiddensee/Kloster: „Nord-Süd-Konflikt – die Rolle der Europäer“. ZDL und Soldaten im Gespräch miteinander.
Anmeldeformulare: Pfarrer Uwe Koch, Dräsekeplatz 1 39106 Magdeburg, Tel. 03 91/561 6698

PFALZ

- 11.10.–15.10.1993 Berlin: Spurensuche gegen das Vergessen
 6.12.–10.12. 1993 Bad Dürkheim/Martin-Butzer-Haus: Das Kreuz mit dem Frieden – Martin Niemöllers Weg vom Soldaten zum Pazifisten
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 67346 Speyer
 Tel. 06232/78238

NORDELBIEIEN

- 27.09.– 1.10.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Leben auf Bestellung?“ Gentechnik und Ethik
 18.10.–22.10.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Behinderung – Altersleiden – Sterben“ – 15 Monate altersunangemessene Erfahrungen im Zivildienst.

- 1.11.– 5.11.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Bergpredigt: Vision oder Illusion?“ – Schaffen Kirche und Gesellschaft den Entwicklungssprung oder bleibt nur noch die Resignation?
 8.11.–12.11.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Zivi-TV“ – Experimente mit zwei Videokameras
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg
 Tel. 040/25 88 81

RHEINLAND

- 25.10.–29.10.1993 Solingen/Hackhauser Hof: „Meditation als Lebenshilfe“
 29.11.– 3.12.1993 Radevormwald/Ev. Jugendakademie: „Ist irren menschlich?“
Anmeldeformulare: Ev. Kirche im Rheinland – Zivildienstseelsorge Postfach 260230, 50515 Köln,
 Tel. 02 21/244696

SACHSEN

- 11.10.–15.10.1993 Rosenthal/Sächs. Schweiz: Zivildienst zwischen Lust und Frust
 22.11.–26.11.1993 Rosenthal/Sächs. Schweiz: Zeit haben, stehen, nutzen...
Anmeldeformulare: Pfarrer Christoph Wohlgemuth, Wolfsgrunder Weg 2, 09619 Voigtsdorf

WESTFALEN

- 11.10.–15.10.1993 Bosenholz bei Paderborn: „Wewelsburg – Spurensuche nach Mythologie der SS und Neonazis“
 25.10.–29.10.1993 Nordwalde bei Münster: „Neonazis – unter uns“
 8.11.–12.11.1993 Hallenburg, Sauerland: „Männer“
 29.11.– 3.12.1993 Haus Villigst, Schwerte: „Okkultismus“
 6.12.–10.12.1993 Haus Villigst, Schwerte: „Aikido und Soziale Verteidigung“
Anmeldeformulare: Pfarrer Dr. Alf Seippel
 Olpe 35, 44135 Dortmund,
 Tel. 02 31/5409-20

WÜRTEMBERG

- 27.09.– 1.10.1993 Beilstein: „Was kann ich gegen die Klimakatastrophe tun?“
 22.11.–26.11.1993 Beilstein: „Gewaltfreier Widerstand“
 22.11.–26.11.1993 Tübingen bei Balingen: „Jugendarbeit in Brennpunkten“
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergrstr. 45, 70176 Stuttgart 1, Tel. 07 11/636 8149

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

- Anhalt**
 Herr Pfarrer Dietrich Bungereth
 Ziebigker Straße 29
 06846 Dessau, 03 40/21 48 95
- Berlin-Brandenburg**
 Amt für Jugendarbeit/
 Stadtjugendpfarramt Berlin
 Goethestr. 30
 10625 Berlin, 030/3 19 12 72
- Bremen**
 Pastor Ingbert Lindemann
 Hollerallee 75
 28209 Bremen, 04 21/346 15 50
- Görlitz**
 Frau Ulrike Gasse
 Bautzener Straße 38,
 02826 Görlitz, 03 35 81/40 54 15
- Lippische Landeskirche**
 Pfarrer Axel Kaiser
 Seminarstraße 4
 32756 Detmold, 052 31/294 52
- Mecklenburg**
 Beauftragte für KDV und ZDL
 Münzstr. 8
 19055 Schwerin, 03 85/86 41 65
- Oldenburg:**
 Rolf Karkmann
 Hohe Straße 2
 27798 Hude, 04408/539
- Pommern**
 Jürgen Knospe
 Große Kirchenstr. 13
 17309 Pasewalk, 039 73/21 34 15
- Schaumburg-Lippe**
 Pastor Gerhard Ricker
 Pfarrweg 1
 31698 Lindhorst, 057 25/65 63
- Thüringen**
 Diakon Detlef Harland
 Hautstraße 32
 99338 Angelroda,
 03 62 07/5 59 19

Lieber Christoph, als wir gestern am Telefon über den Bundestagsbeschuß zum Somalia-Einsatz sprachen, fragtest Du ganz nebenher nach der Autorität des Grundgesetzes. Es ist bindende Norm für unser Recht, scheint aber an Wert zu verlieren. Nimm als Beispiel die unter Bonner Politikern geführte Diskussion über einen sozialen Pflichtdienst für junge Menschen, falls Wehrpflicht und Zivildienst abgeschafft werden sollten. Nach dem Grundgesetz (Art. 12,2) ist das eindeutig unzulässig, aber trotzdem tut man so, als dürfe die Verfassung für diesen angestrebten Zweck einfach abgeändert werden. Versteh' mich rich-

tig: Viele ehemalige Zivis, Du selber ja auch, berichten sehr positiv von ihren sozialen Erfahrungen. Aber freiwillig müßte es dann geschehen – im Gegensatz zum Zivildienst. Bislang schützt das Grundgesetz junge Menschen vor solchen, zunächst nur theoretisch diskutierten, staatlichen Übergriffen. Je mehr es aber an Autorität einbüßt, desto schneller verliert es auch seine Schutzfunktion für Euch als junge Staatsbürger. Ein anderes Beispiel ist erst wenige Monate alt; ich meine die Änderung des Asylrechts für politisch Verfolgte (Art. 16,2). Jahrelang hatte die Regierung den Kopf in den Sand gesteckt und nicht wahrhaben wollen, daß die Bundesrepublik faktisch zum Einwanderungsland geworden ist. Kein Einwanderungsgesetz wurde dem Bundestag zum Beschluß vorgelegt. Die Zahl der unbearbeiteten Asylanträge ließ man auf rund eine halbe Million anschwellen. Dann aber änderte

man, weil der innenpolitische Druck immer stärker wurde und rechtsextreme Gewaltakte bedrohlich zunahmen, schließlich das Grundgesetz. Angestrebt war das lange schon. Der Asylartikel wurde in seinem Kern aufgeweicht; denn wer künftig als politischer Flüchtling bei uns Schutz sucht, muß schon das Kunststück vollbringen, sein Land legal zu verlassen und nicht über ein Drittland hierher zu kommen. Was die Verfasser des Grundgesetzes im Jahre 1949 nach der erlebten Hitlerdiktatur uneingeschränkt garantieren wollten, nämlich den Schutz von Leib und Leben für politisch Verfolgte, wurde jetzt geopfert für eine in die Enge geratene Innenpolitik. Dadurch hat das Grundgesetz seine Schutzfunktion für politische Flüchtlinge, von seltenen Ausnahmen abgesehen, verloren. Seine Autorität ist um ein trauriges Stück geschmälert worden.



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Gerhard Meister

Ich denke dabei an den Weisheitsspruch, der in der Bibel steht: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“¹ Wo die Autorität hilfreicher Rechtssätze, die Minderheiten schützen, untergraben wird, da wachsen Unrecht und Politikverdrossenheit. Diese schleichende Vergiftung der politischen Moral können wir uns nicht leisten. Einmischung von Christen ist nötig, wenn unser Grundgesetz scheinbarweise demontiert wird.
Herzlich, Dein Wolf-Udo Smidt

¹Die Sprüche Salomos 14,34: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk; aber die Sünde ist der Leute Verderben.“

wut

was uns betrifft

ART

Edward Kienholz, „Das tragbare Kriegerdenkmal“, 1968



Edward Kienholz, „Das tragbare Kriegerdenkmal“, 1968; 285 x 950 x 240 cm. Museum Ludwig, Köln

„The Portable War Memorial“ von Edward Kienholz zählt zu den bedeutendsten Werken der realistischen Plastik Amerikas. Ausgangspunkt für diese Skulptur war ein berühmtes Pressefoto aus dem Zweiten Weltkrieg, das zum Symbol für kriegerisches Heldentum geworden ist. Das Foto zeigt amerikanische Marines, die am Morgen des 23. Febr. 1945 auf der japanischen Insel Iwo-Jowa das Sternenbanner hissen. Diese Szene ist auch das Vorbild für das Marinesoldatendenkmal in Arlington bei Washington geworden.

Das monumentale Tableau von Kienholz ist allerdings alles andere als nur eine Nachbildung der Ereignisse, es ist vielmehr ein Antikriegs-„Comic“, der dem Betrachter eine Bildergeschichte von links nach rechts „erzählt“: Wir sehen ganz links eine beliebte Frau in einer umgestülpten Mülltonne. Es ist die amerikanische Sängerin Kate Smith. Auf einem Armeefestival 1938 ist sie mit dem Lied „God bless America“, der heimlichen Nationalhymne der USA, berühmt geworden. Dieses Lied wird im kratzigen Originalton durch ein Dauertonband in der Tonne abgespielt, immer und immer wieder, so wie es bis heute an Herz und Gefühl jedes amerikanischen Patrioten führt.

Daneben sehen wir ein Mobilisierungsplakat von 1917. (In Amerika bestand damals keine Wehrpflicht). Der suggestiv beschwörende „Uncle Sam“ fordert zum Eintritt in die Armee auf: „I want you“. Eine Gruppe von Soldaten in Original-Uniformen, die mit einer Metallfarbe überspritzt wurden, hißt die amerikanische Fahne. Sie haben keine Köpfe, und vermutlich will der Künstler damit sagen: Krieg kann man nur mit Menschen führen, die „kopfflos“ sind, sich ihres Verstandes nicht bedienen, nur noch Befehlen folgen und ihre Individualität verloren haben. Unter den Stahlhelmen steckt niemand oder jeder. Die gesichtslosen Soldaten der Skulptur erobern einen Restaurant-Tisch, besetzen einen Platz an der (Konsum-)Sonne im Verteilungskampf um Nahrungsmittel, Ressourcen und Wohlstand in dieser Welt. Sie verteidigen den „american (european) way of life“, einen verschwenderischen Lebensstil, der letztlich selbstzerstörerisch ist.

Eine schwarze Gedenktafel schließt sich an. Das Datum zukünftiger Kriege kann aktuell eingetragen werden. Auf der Tafel finden wir, mit Kreide geschrieben, 475 Namen von Ländern, die durch Krieg und Ge-

walt untergegangen sind oder neue Grenzen erhielten. Auch hier können neue Namen hinzugefügt werden.

Das Kreuz an der Gedenktafel steht verkehrt, auf dem Kopf: Das Christentum auf den Kopf gestellt, in sein Gegenteil verkehrt. Liebe und Gewaltlosigkeit, Leidensbereitschaft und Opfer sind seine wesentlichen Kennzeichen und nicht tödende Gewalt und Krieg. Das Kreuz ist Zeichen der Leiden und nicht der Gewaltbereitschaft. Es kann keinen Krieg für Menschenrechte geben, der nicht selbst Menschenrechte verletzt. Christlicher Glaube beinhaltet die Absage an Gewalt und das Eintreten für eine „intelligente Feindesliebe“, die Kriegsursachen politisch beseitigen will.

Der Gedenktafel schließt sich ein Hot-dog-Imbißstand an. Vor dem Eingang hockt – makabrerweise – ein Gipshund. Der Betrachter der Plastik kann sich hier an einen der Tische setzen. Er kann sich eine Cola aus dem Automaten ziehen, es sich gemütlich machen. Und so wird der Besucher dann selbst zu einem Bestandteil des Kunstwerkes. Die Wurzeln des Krieges, so die Botschaft dieses „transportablen Kriegerdenkmals“, sind Nationalismus und Propaganda, Konsumismus und Militarismus, Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit. Kienholz will mit seinem Memento das „business as usual“ durchbrechen, den wachen Zeitgenossen aufrütteln, nach friedlichen Mitteln politischer Konfliktlösung zu suchen. Dieses Denkmal sollte als Warnung an alle Orte getragen werden, wo leichtfertig militärische Interventionen und Krieg als Mittel von Politik wieder zur „Normalität“ werden. Vor einer Entscheidung über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr sollte es vor dem Verteidigungsministerium aufgestellt werden. *„Unsere moralisch-ethische Haltung ist so glänzend nicht, daß wir andere Kulturen mit ihr belasten dürften. Ich trauere um jene Männer, alle Männer, die dem Unsinn des Krieges zum Opfer gefallen sind. Denn in ihrem Tod liegt für mich das Verständnis unserer Zukunft. In Frieden.“* (Kienholz). Eine deutsche Version des Kriegerdenkmals scheint ja nun – bedauerlicherweise – erneut eine lohnende künstlerische Aufgabe zu werden. Auch da wird man das Kreuz auf den Kopf stellen müssen.

Harald Wagner